

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 5 (1976)
Heft: 7-8

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 36 000

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schwinggruber
 Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-
 quai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00
 Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich,
 Tel. (01) 47 75 30
 Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-)
 Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Schweizer auf Radikalenhatz

Nationalrat Walther Hofler:
 äussert sich zum Radikalerlass
 in der BRD Seite 2

Für Sommer- und andere Vögel

Hinweise zur Erkennung und
 Behandlung von
 Geschlechtskrankheiten Seite 3

Die Weissen kommen!

Reisen in
 Entwicklungsländern Seite 4

Wider die Untertanen-Fabrik

Reisen in
 Entwicklungsländern Seite 5

Hintergrund

Die neue Informationsspalte
 des «konzept» Seite 6

Ist Wissenschaft politisch?

Interview mit Staatsrechtler
 Prof. Richard Bäumlin Seite 7

Mit vollen Segeln in eine

kaputte Gesellschaft
 Auswirkungen des NC auf das
 Schulsystem der BRD Seite 9

Trockenmilch für Nestlé

Der Nestlé-Prozess hat seine erste Hürde genommen. Die Urheber der Öffentlichkeit über die Verkaufspolitik des Nahrungsmittelkonzerns in der dritten Welt, die Arbeitsgruppe 3, wurde, mehr symbolisch, verurteilt wegen «über Nachrede». «das Konzept» wurde freigesprochen. Dieser Sachverhalt ist heute einem breiten Publikum bekannt. Aber bekannt war er nicht von Anfang an. Vielmehr waren zuerst nur wenige Leute, welche Erkundigungen einzuholen, Datenmaterial sammeln und welche ob der aufgedeckten Mischungen der Firma Nestlé erschrocken. Gegen eine der grössten und mächtigsten Firmen der Welt, die grösste aus dem Nahrungsmittelbereich und darüber hinaus eine internationale Firma, konnte nur eine breite Information der Öffentlichkeit wirksam sein. «das Konzept» hat bei dieser Aufgabe einen wichtigen Beitrag geleistet. Als erste und einzige grössere Schweizer Zeitung hat sie das Material der Arbeitsgruppe veröffentlicht. Diese wichtige soziale Funktion hat sie denn auch vor dem Richter gebracht. Denn der Richter, ein Mann aus einer empfindlichen Stelle berührt worden: am Profit. Ein Verbot der Nestlé-Werbung in den Ländern der dritten Welt hätte einen massiven Umsatzrückgang zur Folge. Nestlé noch aber hat auch ein angeschlagenes Image einen Rückgang des Verkaufs zur Folge. Darum also reichte Nestlé Klage ein.

Der Prozess gegen ihre Kritiker wurde allerdings bald zum Prozess gegen die Firma selbst. Denn durch den Prozess hat erstmals eine breite internationale Öffentlichkeit vom Geschäftsgebahren Nestlés Kenntnis erhalten. Aber ebenso Kenntnis vom Unrecht, dass die Mächtigen in der Schweiz nicht alle Kritiker zum Schweigen bringen können. Nestlé kann zwar nicht auf der Anklage-

bank des Richteramtes sitzen, dafür aber auf der Anklagebank der Öffentlichkeit. Und diese Bank ist nicht eben weich. Aber auch in der ersten Runde im Gerichtssaal sass die Firma immer unbequem. Es ging am Schluss nicht mehr um die Frage, ob die Informationen wahr sind oder nicht. Mit dem Rückzug von drei von vier Anklagepunkten wollte Nestlé nur noch eine Beleidigung, das heisst in der Gerichtssprache eine «über Nachrede», gerichtet haben. Daraus kann abgeleitet werden, dass die Firma zugibt, dass es stimmt, was die Leute sagen, aber dass sie es nicht mehr sagen dürfen. Nestlé will so nicht ableiten. Sie sagt, dass es noch immer um den Inhalt der Vorwürfe geht.

Was auch immer vor dem Richter zur Beurteilung steht, ob «über Nachrede» oder tatsächlich das Geschäftsgebahren: vor der Öffentlichkeit geht es einzig um das letztere. Deshalb muss auch das Urteil vor dem Gericht als sanfter Wink des Richters verstanden werden, sozusagen als Trockenmilch der Kritik: die Nestlé brauchte sie bloss noch anzurühren, und eine fertige Kritik an ihrer Verkaufspolitik wäre zur Hand. Aber leider sind die Bedingungen in dieser Firma zur Aufnahme von Kritik nicht eben die günstigsten. Das Kind kann kaum gesund werden.

Die Arbeitsgruppe kämpft weiter für ihre Sache, und das heisst, sie kämpft vor Gericht für die Anerkennung, dass ihre Informationen wahr sind. Der Prozess gegen die Arbeitsgruppe läuft also weiter. Aber mit ihm läuft auch der Prozess gegen Nestlé weiter. Und das Urteil gegen «das Konzept» kann als Ermunterung zu solcher Kritik, das heisst zum öffentlichen Prozess gegen Missstände, aufgefasst werden. In diesem Sinn läuft auch der kritische Informationsprozess des «konzept» weiter. Red.

«SRG»-Verfassungsartikel 36quater:

Zwangsjacke für Radio und Fernsehen?

Am 25./26. September 1976 werden die Stimmberechtigten über einen Verfassungsartikel 36quater für Radio und Fernsehen abzustimmen haben. Der Verfassungsartikel erhielt kürzlich erhöhte Aktualität durch den Entscheid des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes über die Fernsehensendung «Soldaten- und Kasernenkomitees». Im Entscheid wird festgehalten, die Objektivitätspflicht sei

verletzt worden. Der Zuschauer habe sich keine unabhängige Meinung über die Komitees und ihre Arbeit, ihre Einstellung zur Armee und ihr Demokratieverständnis und die dahinter verborgene revolutionäre Gesinnung bilden können. Die Objektivitätspflicht wird mit dem vorgeschlagenen Verfassungstext neben der Pflicht zur Ausgewogenheit Verfassungsvorschrift für Radio- und Fernsehsendungen. ek



erhoben, einzelne Mitarbeiter huldigten kommunistischen Tendenzen. Die SRG-Direktorenkonferenz beschloss: «Der Schweizerische Rundspruch wird, wie bisher, seine Sendungen in den Dienst der Verteidigung der Kultur des Abendlandes stellen, indem er die Traditionen unseres Landes wahr und indem er jeden Versuch abwehrt, fremde totalitäre Ideen in sein Programm oder sein Personal eindringen zu lassen.» Zwei Mitarbeiter wurden entlassen. Das Bürgertum feierte seinen Erfolg.

Eigentlich beginnen zu diesem Zeitpunkt die Attacken gegen die Radioprogramme durch die Rechtskreise in unserem Land. Sie verstärken sich beim Aufkommen des Fernsehens und haben sich vor allem in den letzten Jahren zu einer richtigen Kampagne verichtet. In der Deutschschweiz sind vor allem Fernsehensendungen wie «Tagesschau», «Bericht vor acht», «Kassensturz», «CH-Magazin» (Büchi) und die Radiosendung «Strafvollding» der Kritik ausgesetzt. Dabei zeichnet sich ein Schwerpunkt der Beschwerdeführer im Kanton Aargau ab (Heer und Haus, Soldaten- und Kasernenkomitees).

1957: Verfassungsartikel wird abgelehnt

Anfang der 50er Jahre setzte die Diskussion ein über die Einführung des Fernsehens. Fast gleichzeitig wurde über ein Rundpruchsgesetz debattiert. 1956 verabschiedeten die eidgenössischen Räte einen Verfassungsartikel über Radio und Fernsehen. Er hatte folgenden Wortlaut:

- 1 Die Gesetzgebung über Rundspruch und Fernsehen ist Bundesache.
- 2 Der Bund erlässt über jedes dieser Gebiete ein besonderes Gesetz.
- 3 Mit der Aufstellung und Ausführung der Programme betraut der Bund eine oder mehrere Institutionen des öffentlichen oder privaten Rechts. Die geistigen und kulturellen Bedürfnisse der Kantone sowie der verschiedenen Landesteile, Bevölkerungskreise und Sprachgebiete sind angemessen zu berücksichtigen.

In der Volksabstimmung vom 2./3. März wurde dieser Verfassungsartikel mit 427 859 Nein gegen 319 634 Ja bei 11% ablehnenden Ständen verworfen. Ablehnunggrund war vor allem das Misstrauen gegen das Fernsehen. Die Arbeiterschaft kämpfte zum Teil gegen den Verfassungsartikel, weil sie befürchtete, sie müsse den Reichen das Fernsehen mit dem Radiosender bezahlen. Andere Kreise befürchteten, der Bund werde das teure Fernsehen bezahlen. Für den Versuchsbetrieb hatte er 2,4 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Auffallend an diesem Verfassungsartikel ist die sehr knappe Formulierung von Programmrichtlinien im Verfassungstext. Allerdings müsste man sich bereits hier fragen, was geistige und kulturelle Bedürfnisse von Kantonen sind und wer diese Bedürfnisse artikuliert.

1964: die heutige Konzession entsteht

Diese heute noch gültige Konzession wurde damals ausgearbeitet. Auf sie stützen sich z. B. die letzten Entscheide des EVED gegen die Fernsehensendungen

Was ist der Arbus?

Die erste Sektion des Arbeitnehmer-Radio- und Fernsehens der Schweiz (Arbus) wurde 1926 gegründet. Der gesamtschweizerische Zusammenschluss erfolgte 1930. Heute existieren 18 Sektionen in der deutschen Schweiz, geführt von einem Zentralvorstand und einer Geschäftsleitung. Jahresbudget etwa 10 000 Franken.

Der Arbus vertritt laut Statuten «die Interessen der Arbeiterschaft in Radio und Fernsehen». Er setzt sich als gewerkschaftlich orientierte Kraft in Vernehmlassungen und Stellungnahmen für ein demokratisches Radio und Fernsehen ein. Der Arbus bietet seinen Mitgliedern auch zahlreiche Vergünstigungen und Dienstleistungen.

Beitritt zu einer der Sektionen 10 bis 12 Franken, zum Zentralverband 20 Franken pro Jahr. Auskunft erteilt der Zentralsekretär Edwin Knuchel, 3315 Bätterkinden, (065) 45 26 56.

teressen des Landes dienen, die nationale Zusammengehörigkeit stärken und die internationale Verständigung fördern...

Fehlende Verfassungsgrundlage

Alles, was der Bund heute in Radio- und Fernsehangelegenheiten unternimmt, stützt sich auf Art. 36.1 BV:

«Das Post- und Telegraphenwesen im ganzen Umfang der Eidgenossenschaft ist Bundesache.»

Dazu kommt das Bundesgesetz von 1922 über den Telegraphen und Telefonverkehr. 1967 wurde Professor Huber mit einem Gutachten für einen Radio- und Fernsehartikel beauftragt. Huber stellt in seinem Gutachten fest: «Die bestehende tatsächliche Ordnung von Radio und Fernsehen – das ist in hohem Mass erstaunlich – hängt daher, was die bundesstaatliche Kompetenz des Bundes anbelangt, rechtlich «in der Luft». Dies ist insbesondere für die kulturellen Inhalte der erteilten Konzession und für die Regelung des Benützungsverhältnisses zwischen den Radiohörern und Fernsehsehteilnehmern und der Organisation des Programmdienstes zu.» Huber kommt dann sogar zum Schluss, dass nicht einmal eine Grundlage für die Radio- und Fernsehgebühren besteht.

Aus dieser Sicht kann man sich die Frage stellen, ob das EVED überhaupt eine Grundlage hat, um über eine Konzessionsverletzung wie im Fall «Soldaten- und Kasernenkomitees» zu entscheiden.

Radio- Fernsehartikel 1976

Das Gutachten Huber leitete die Arbeiten für einen neuen Verfassungsartikel ein. Huber selbst machte einen Entwurf. Es folgten die Vorschläge des Departementes der juristischen Exper-

tenkommission und nach zwei Vernehmlassungen der Vorschlag des Bundesrates:

- 1 Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen ist Sache des Bundes.
- 2 Der Bund betraut mit der Schaffung und Verbreitung der Programme eine oder mehrere Institutionen des öffentlichen oder privaten Rechts.
- 3 Radio und Fernsehen sind für die Allgemeinheit nach den Grundsätzen einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung einzurichten und zu betreiben.
- 4 Die Gesetzgebung stellt für die Programmdienste verbindliche Richtlinien auf, insbesondere um

- a. die geistigen, sozialen, kulturellen und religiösen Werte der Bevölkerung zu wahren und zu fördern;
- b. in den Programmen von nationaler Bedeutung die Verschiedenheit der Sprachgebiete und die Eigenart der einzelnen Landesteile darzustellen;
- c. zu gewährleisten, dass die Vielfalt der Meinungen angemessen zum Ausdruck kommt;
- d. die Freiheit der Institutionen in der Schaffung und Verbreitung der Programme zu gewährleisten.

Sowohl der Ständerat, nachdem die Kommission Broger Fernsehensendungen visioniert hatte, wie auch der Nationalrat formulierten eigene Vorschläge. Im Bereinigerungsverfahren schloss sich der Ständerat praktisch dem Nationalrat an. Der Verfassungstext lautet nun:

«36.5. Es ist eine möglichst gleichwertige Versorgung aller Landesteile mit Radio und Fernsehen anzustreben.

- 36quater 1 Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen ist Sache des Bundes.
- 2 Für die Verbreitung von Programmen kann der Bund Konzessionen erteilen. Der Bund betraut mit der Schaffung und Verbreitung der Programme eine oder mehrere Institutionen des öffentlichen oder privaten Rechts, die im Rahmen der Gesetzgebung autonom sind.
- 3 Radio und Fernsehen sind für die Allgemeinheit nach den Grundsätzen einer freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates einzurichten und zu betreiben. Dabei sind die Interessen der Kantone zu berücksichtigen.
- 4 Die Programme haben insbesondere

- a) eine objektive und ausgewogene Informations sicherzustellen;
- b) die Verschiedenheit der Meinungen angemessen zum Ausdruck zu bringen;
- c) das Verständnis für die Anliegen der Gemeinschaft zu fördern;
- d) die Eigenart der Sprachgebiete und Landesteile darzustellen;
- e) die kulturelle und soziale Vielfalt zu berücksichtigen;

Fortsetzung auf Seite 2

«das konzept» im August

erscheint nicht. Auch die Redaktion geht davon aus, dass die Redaktion intensiv an der September-Nummer arbeitet, damit das nächste «konzept» nach der kurzen Sommerpause noch brisanter und fundierter wird! Spätestens am 7. September ist für unsere Leser die Sauerbreyzeit vorbei, denn dann können sie das September-«konzept» in der Hand haben, wenn sie es zum Voraus mit untenstehendem Text bestellen. Wenn Sie den Talon einsenden an «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, erhalten Sie «das konzept» im September prompt zum sensationellen Subskriptionspreis von 120 Rappen (statt 1.50).

Ich bestelle... Ex. der September-Nummer des konzept» und legepro Ex. 1.20 Fr. in Briefmarken bei.

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Fortsetzung von Seite 1

f) Die Achtung vor der Persönlichkeit und vor der religiösen Überzeugung zu wahren. 4bis: Auf Stellung und Aufgabe anderer Kommunikationsmittel, vor allem der Presse, ist Rücksicht zu nehmen.

5 Auf dem Wege der Gesetzgebung ist eine unabhängige Beschwerdestelle zu schaffen.

Im November 1973 legte der Bundesrat seinen Entwurf vor. Die Diskussion

Der Fall «Kassensturz»/Adams

Die TV-Sendung «Kassensturz» berichtete am 15. Sept. 1975 über den Fall Stanley Adams/Hoffmann-La Roche. Die Europäische Gemeinschaft warf dem Basler Chemie-Multi Hoffroche aufgrund von Informationen Stanley Adams' vor, Hoffroche verstosse gegen EG-Wettbewerbsbestimmungen. Gerade rechtzeitig vor der Radio/TV-Debatte im Nationalrat reichte Hoffroche Beschwerde gegen die «Kassensturz»-Sendung ein. Einige ausgewählte Nationalräte und SRG-Verantwortliche erhielten die Anklageschrift. Kernstück der Hoffroche-Argumentation: «Neben der Objektivität und der Unparteilichkeit wurden durch die Sendung auch eine Reihe rechtsstaatlicher Grundsätze gravierend verletzt.» Dies vor allem durch die unbestrittene Aussage von Adams: «... dass in der Schweiz die grossen Firmen die Macht besitzen...» «das Konzept» veröffentlichte Teile der Hoffroche-Beschwerde in Nr. 10, Okt. 75. Zu beziehen bei «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, gegen 1.50 Fr. in Briefmarken.

im Parlament vollzog sich praktisch zwei Jahre später. In diesen zwei Jahren häuften sich die Vorwürfe, Radio und besonders Fernsehen seien linkslastig. Die Beschwerdeflut nahm ihren Anfang. Die Schweizerische Radio- und Fernsehvereinigung (Hofer-Klub) wurde gegründet. Zur Argumentation im Nationalrat diente den Rechtskreisen die «Kassensturz»-Sendung über den Fall Adams.

Wer steht hinter dem Artikel?

Es soll versucht werden, anhand der Eintretensdebatte im Nationalrat die Haltung der Parteien darzustellen: CVP: Die Fraktion lehnt den Entwurf mehrheitlich ab. Rügt die unsorgfältige

Das «konzept»-Kurzinterview des Monats



An den Interviews des «konzept» hat sich schon manch einer gestossen. Von «ehrenrührigen Fragen» und «bevorzugter Behandlung» war dann schnell die Rede und das Interview g... für eine Aufschubschleife. Mit dem «konzept-Interview des Monats» wird dem leidigen Zustand abgeholfen: Schluss mit den Unschärfen, eine einzige Frage, und die Antwort unzensuriert, unkommentiert, unbeschnitten und ausgewogen. Hier haben unsere Zeitgenossen aus Feld und Wald, die Dunkelkammer und Mutt-scheibenleuchten, das Wort frei.

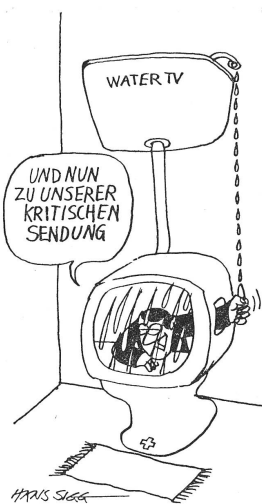
«das konzept»: Fido Bel. Rex, Sie präsidieren als Vorsteher Ihres Dachverband, den «Vorort des Hundes» und Kynologievereins. Ihre Organisation will sich mit einem aktuellen Anliegen an die Öffentlichkeit wenden...

F. B. Rex: ... in der Tat entspricht dies diejenige Durchführbarkeit der Hundstage keinesfalls unseren berechtigten Erwartungen. Gewisse Kreise, vorab aus PR und Sensationsjournalismus, wollen auch dieses Jahr «Nessie» zum Auftauchen aus ihrem Loch Ness zwingen, nur um uns Hunden die Hundstage zur Sau zu machen. Die lange Tradition

«das konzept»: Verzeihung, seit wann gibt es Hundstage? F. B. Rex: Wir Hunde sind ja bekanntlich die ersten «Freunde und Helfer» des Menschen. Im Kalender verankert wurden die Hundstage von Bischof Astor von Vorderbundsflötigen anno 1576. Dass das auch heute noch gilt, ist nichts als gerecht, haben doch auch die Arbeiter ihren «Tag der Arbeit», die Eidgenossen ihren «Betttag» usw.

«das konzept»: Aber Sie beanspruchen gleich mehrere Tage? F. B. Rex: Ja! Der Frauenspezifische wurde ja noch zusätzlich ein Jahr gewidmet. Aber unsere Tage dürfen nicht für die Katz sein. Ob Nessie-aus-dem-Loch, Kühe im Swimmingpool oder Enten in der Zeitung: Gut Hund muss seinen Baum haben, oder wie Sie zu sagen pflegen, jedes Ding zu seiner Zeit. Wuuu!

«das konzept»: Bello Rex, wir danken Ihnen für das Gekläff.



Redigierung von Absatz 4 und tritt für einen Freiheitsraum ein. SP: Wenn keine Verbesserungen erzielt werden in der Detailberatung, wird die Fraktion den Entwurf ablehnen. Rep.-NA: Steht voll und ganz hinter dem Entwurf. FDP: Für Eintreten. Zitiert Kassensturz «Fall Adams» als journalistische Fehlleistung. LDu: Der Entwurf ist eine brauchbare Lösung. Lib.-ev. Einverstanden, zitiert ebenfalls die Sendung Fall Adams - Hoffmann-La Roche. SVP: Bittet um Zustimmung.

Der von der nationalrätlichen Kommission erarbeitete Entwurf wurde in der Detailberatung kaum verändert. In der Detailberatung wurden alle Anträge, welche mehr Freiheit forderten, abgelehnt (Antragsteller soz./cyp.). Alle Anträge, welche auf eine klarere Formulierung von Absatz 4 hinielen (streichen von objektiv und ausgewogen), werden abgelehnt (Antragsteller soz./cyp. idu.). Der Antrag (soz.), die Beschwerdeinstanz zu streichen, wird abgelehnt. Die Minimalfassung des Radio- und Fernsehartikels (Antrag soz.) mit dem Wortlaut: «Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen ist Sache des Bundes» - wird ebenfalls abgelehnt. Der Verfassungsrat passiert den Nationalrat mit 104 zu 21 Stimmen.

Ein Kommentar

Von Interesse mag sein, was eine Vereinigung wie die Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung (Hofer-Klub) über den Ausgang der Debatte berichtet:

«... Andererseits hat die von den SRG-Spitzen, von Programmschaffenden sowie von einem gewissen Publizistenklüngel gelieferte Abwehrschlacht gegen die erwähnten Programmrichtlinien und gegen die externe Beschwerdeinstanz mit einer Niederlage geendet. Eine klare Mehrheit des Parlaments hat den Mut bewiesen, zu den von linken und pseudo-liberalen Kreisen zielbewusst diskreditierten Begriffen objektiv und ausgewogen zu stehen... Immerhin soll auch das

Was ist der «Hofer-Klub»

Die «Schweizerische Fernseh- und Radio-Vereinigung» (SFRV) wird nach seinem Gründungs- und Spitzenmitglied Nationalrat Walther Hofer (svp) oft «Hofer-Klub» genannt. Gegründet am 30. 1. 74 von 450 namhaften Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, will die Vereinigung laut Statuten «insbesondere auf eine ausgewogene Berichterstattung in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belangen» hinwirken. Mit einem Jahresbudget von über 800 000 Franken startete die SFRV aufwendige Kampagnen gegen die angebliche «Linkslastigkeit» und «Links-unterschiede» von Radio und Fernsehen. Mit den zum grössten Teil aus der Luft gegriffenen Attacken erwarb sich die SFRV bald den Ruf einer privaten «Fernsehpolizei».

«das konzept» berichtete in Nr. 12/74 über die SFRV, gegen 1.50 Fr. bei der Redaktion.

Licht der SFRV nicht unter den Scheffel gestellt werden. Mit ihrer Dokumentationsarbeit und mit der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Missstände beim Fernsehen und teils auch beim Radio hat unsere Vereinigung doch auch einiges zur entscheidenden Haltung des Parlamentes beigetragen. Die Parlamentarier, die offenbar über die Stimmung im Volk besser orientiert sind als die Verantwortlichen der SRG, haben sehr klar erkannt, dass die SFRV nicht zu Unrecht den Anspruch erhebt, Zuschauer- und Hörerinteressen zu vertreten...

Von hier aus werden sich auch gewisse Schlüsse auf die zu erwartende Abstimmungskampagne ergeben. Edwin Knuchel, Zentralsekretär ARBUS

Hofer-Interview zum Radikalerlass in der BRD

Über sechs Zeitungspalten hinweg präsentierte das bundesdeutsche Springer-Blatt «Die Welt» stolz einen Schweizer Politiker - als Fürsprecher für eine innerdeutsche Angelegenheit, die mehr und mehr zur Affäre wird. Der Politiker: Walther Hofer, 55, nationalrätlicher Rechtsausschuss der Berner SVP, Geschichtsprofessor und selbstsanannter helvetischer Fernsehpausser.

Just in dem Augenblick, da besorgte Demokraten in Frankreich und Italien, Belgien und Skandinavien mit der bundesdeutschen Radikalerlass gleichermassen scharf ins Gericht gingen, holte sich die ums angeschlagene deutsche Demokratie-Image bangende «Welt»-Redaktion den biederen Berner zu einem Interview. Und wie kaum anders zu erwarten: Der Professor aus der über jeden demokratischen Zweifel erhabenen Schweiz stellte den Anhängern des fragwürdigen Radikalerlasses prompt den gewünschten Persil-Schein aus.

Für das, was die angeschene Londoner «Times» als «gefährlichen Rechtsruck in Deutschland» registriert, das Belgische Fernsehen seit dem Beginn der Hitler-Zeit 1933 vergleicht und den französischen Sozialistenführer François Mitterrand gar zur Gründung eines «Komitees zur Verteidigung der bürgerlichen und beruflichen Rechte in der Bundesrepublik» bewegt, muss die Springer-Presse also ausgerechnet einen Kronzeugen aus der Schweiz zitieren. Und nicht nur das: Nach dem Geschmack des Berner SVP-Nationalrats musste der Radikalerlass noch radikaler angewendet werden als bisher. Hofer auf die Frage, ob sich nicht angezeigt wäre, den Radikalerlass zu begraben: «Dann können Sie doch gleich Ihren Staat begraben...»

«Tausende von Linksextremisten...»

Für Walther Hofer Demokratieverständnis genügt es offensichtlich nicht, dass bundesdeutsche Verfassungsschützer seit Frühjahr 1972 immerhin rund 500 000 Bewerber für Stellen im öffentlichen Dienst einer gigantischen Polit-Hexenjagd auf ihre Verfassungstreue überprüft und mit teils nachrichtendienstlichen Methoden bespitzelt haben. Und den in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Menschenrechten und Grundfreiheiten findet der Europaparlamentarier Hofer im Gegesatz zu prominenten Juristen - widersprechen der gesinnungsschnüfflerische Radikalerlass und das daraus resultierende Berufsverbot «auf gar keinen Fall».

Bei seinem Bemühen um springergechte Aussagen scheute sich Nationalrat Walther Hofer auch nicht, nachgewiesene Fakten in seinen Aussagen zu unzulässigen Beispielen zu verpacken. Obschon in deutschen Landen Woche für Woche peinliche Berufsverbote bekannt werden - von Frühjahr 1962 bis heute wurden aufgrund des Radikalerlasses 450 Stellensuchende im öffentlichen Dienst abgelehnt -, die sogar Amtsbezeichnungen, denen gegenüber nicht einmal der Verdacht mangelnder Verfassungstreue ausgesprochen werden kann, formulierte der Berner Politiker - vorsätzlich oder schlecht informiert? - im «Welt»-Interview die Behauptung: «Es kann überhaupt keine Rede davon sein, dass ein Berufsverbot in der Bundesrepublik gibt.»

Zum «Beweis» für diese klar tatsächliche Behauptung malte Walther Hofer das in Springer-Zeitungen beliebte Gespenst der linksunterwanderten Universitäten und Medien an die Wand. «Man kann doch nicht darüber hinwegsehen, so Hofer zur «Welt», «dass es Hunderte und Tausende von Linksextremisten in deutschen Hochschulen gibt, das ganze Fakultäten von Linksextremisten beherrscht werden.» Und: «Die Linksextremisten können publizieren, was sie wollen. Die Medien stehen ihnen mehr als offen, in manchen sind sie sogar überrepräsentiert.» Was er freilich unter einem «Linksextremisten» versteht, hat der politisierende Professor - für seine Argumentationsart fast selbstverständlich - dabei verschwiegen.

Aktiv im TV-«Tugendbund»

Solche Töne aus Professor Hofers Mund sind auch hierzulande geläufig. Als Boss der als «Hofer-Klub» bekannt gewordenen «Schweizerischen Fernseh- und Radio-Vereinigung» (SFRV) wird der rechtslastige Berner Parlamentarier nicht müde, kritische TV-Journalisten als «Linksextremisten» zu diffamieren, sobald sie sich an unbequeme Themen wagen oder Sendungen gestalten, die Hofer und seinen geizhosen Geldgebern aus der Wirtschaft nicht ins konservative Konzept passen. Fast sieht es so aus, als ob Hofer lieber heute als morgen einen Radikalerlass auch in der Schweiz einführen möchte.

Die Absicht, zumindest die Fernsehstudios nach diesem Muster von politisch unliebsamen Mitarbeitern zu säubern, lässt sich jedenfalls schon im hoferinspirierten SFRV-Aktionsprogramm nachlesen. Die Vereinigung, heisst es da, «wird mit allem Nachdruck darauf hinwirken, dass die politisch einseitige Zusammenfassung einzelner Programmräktionen korrigiert wird. Mit Recht fragte die «Schweizer Illustrierte» im April 1974: «Ist «korrigieren» nicht ein-

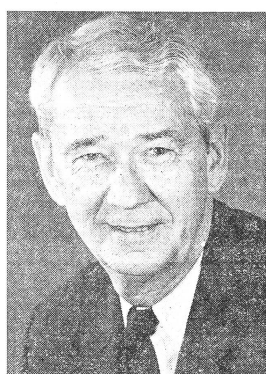
Schweizer Demokrat auf Radikalerlass

Die innerdeutsche Angelegenheit der heiss umstrittenen Radikalerlass in der Bundesrepublik, der sogenannte politische Extremisten von Jobs im öffentlichen Dienst fernhalten soll und damit Bundesbürger allein wegen ihrer politischen Gesinnung in der beruflichen Existenz bedroht. Nun auch versehen mit der Marke «Schweizer Demokrat» mj

fach ein anderes Wort für «säubern»? Inzwischen darf der TV-«Tugendbund» («Die Weltwoche») auf eine beängstigend erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken: Ein Grossteil der Fernsehmitarbeiter (samt ihren Vorgesetzten) liess sich von der SFRV-Präsenz derart einschüchtern, dass sie umstrittene Politik-Themen schon kaum mehr aufgreifen.

Hofer-Ideologie: nicht nur bei der SRG!

Und schon springt die Hofer-Ideologie von der SRG-Medien auf andere Bereiche über - ganz im Geist des bundesdeutschen Radikalerlasses. Nicht umsonst haben 70 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - unter ihnen SGB-Präsident Ezio Canonica - vor Monatsfrist eine «demokratische Manifest» unterzeichnet, das gegen das aufkommende «Klima der Unsicherheit und der



Hofers Fazit zu dem als «totale Gesinnungsschnüffelei» («Stern») praktizierten Erlass: «Ich bin der Meinung, er muss viel entschiedener verworfen werden.»

Einschüchterung» vorgehen will. Denn bereits ist es auch bei uns soweit:

• Immer mehr Lehrer werden aus politischen Gründen entlassen oder nicht angestellt, obwohl sie fachlich ausgewiesen sind und von Eltern und Schülern geschätzt werden.

• Im öffentlichen Dienst kommt es vermehrt zu politisch motivierten Massnahmen.

• Die Massenmedien, vor allem Radio und Fernsehen, sind zunehmend einer stillen Zensur unterworfen. Fortschrittliche Journalisten verlieren ihre Anstellung.

• In der Privatwirtschaft ist bereits eine Reihe von aktiven Gewerkschaften entlassen worden.

• Wir sind besorgt über diese Entwicklung. Wir heissen es im demokratischen Manifest: «Gerade in kritischen Zeiten dürfen der Spielraum der freien Diskussion und das Recht auf Veränderung nicht eingeengt, sie müssen vielmehr erweitert werden. Ein demokratischer Staat darf nicht durch Verbote geschützt, sondern in der offenen Auseinandersetzung mündiger Bürger weiterentwickelt.»

Eine solche Demokratiedefinition geht Nationalrat Walther Hofer entschieden zu weit. Er vertraut lieber auf Verbot und Repression als Staatsschutz.

instrument. «Hätte die Weimarer Republik doch einen solchen Radikalerlass gehabt», dozierte der Berner Geschichtsprofessor in seinem «Welt»-Interview, «Hitler wäre dann zumindest nicht legal Reichskanzler geworden. Das könnte dieser Österreicher ja erst, als er als Regierungsrat in die Dienste des Landes Braunschweig übernommen, sprich: als Radikaler im öffentlichen Dienst angestellt wurde.»

Hier allerdings irrt der Historiker Hofer. Als Adolf Hitler 1932 zum Regierungsrat ernannt wurde, gab es bereits ein mit dem heutigen Radikalerlass durchaus vergleichbares «Republiksschutzgesetz» und ein Parteizugehörigkeitsverbot. Nur: gegen reaktionäre Radikale (wie Hitler) blieben diese Bestimmungen wirkungslos. Dazu der deutsche Historiker Reinhard Müller: «Genau wie heute richteten sich die Formeln gegen rechts und links, angewendet wurden sie jedoch mit grösster Toleranz nach rechts und mit grosser Konsequenz nach links.» Max Jäggi



Kaum ein Schweizer hat eine eigentlich hochinteressante Meldung zum Nahostproblem zu lesen bekommen: den ddp-Bericht des Korrespondenten Joseph Fitcher: «Juden in Beirut - Unter dem Schutz von Palästina». Es hiess dort über das jüdische Ghetto von Wadi Abu Jamil: «... die Palästinenser sind für die Bewohner... zu ihren wichtigsten Schutzgruppen geworden. ... ein ehemaliger Korporal der französischen Kolonialtruppen... berichtet, dass die Palästinenser die einzigen waren, die der jüdischen Gemeinschaft seit Ausbruch der blutigen Kämpfe geholfen haben, zu Beginn war es die Al Fatah, die den Juden mit Lebensmitteln und Kleidern half... Inzwischen sorgt eine der radikalsten Bewegungen des palästinensischen Widerstands für die Juden im Libanon: das Generalkommando der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP-GC).» Für Schweizer darf das nicht wahr sein: Schliesslich behaupten die israelischen Freunde ja, dem Palästinenser-Versprechen eines eigenen Staates in Westjordanien, in dem Juden und Araber friedlich miteinander leben könnten, sei nicht zu trauen. Und schliesslich die PFLP verantwortlich für den Anschlag auf eine Swissair-Maschine vor sechs Jahren. Für gut Schweizerische Freund-Feind-Bilder bleibt gesorgt.

Zwei bundesdeutsche Grenzwachter werden von DDR-Behörden festgenommen. Da heisst es gleich einmal, und zwar von hoher Regierungsstelle in der BRD, die Leute seien «verschleppt» worden. Es wird auch schlicht gelogen: der Abstand vom Zaun zur Grenze betrage 20 Meter. Er beträgt 100 Meter. Die BRD-Wächter sind also ein richtiges Stück ins benachbarte Land eingedrungen, bewaffnet wohlverstanden und gut ausgerüstet. Peinlich für diese miesen Verleumder, die in unserer Presse ein grosses Sprachrohr fanden, wenn diese BRD-Wächter öffentlich bekennen, sie seien absichtlich in DDR-Gebiet gegangen. Um bei ihren Vorgesetzten zu glänzen. Dieses Hetzklima schafft die Voraussetzung, dass für einen Skalp eines DDR-Soldaten bald einmal eine Prämie ausgesetzt wird.

redaktionelles ++ redak

Danke schön...

• Herzlichen Dank von Seiten des Herausgebers und der Redaktion «das konzept» an alle Leser, Abonnenten und Organisationen, die ihrer Solidarität mit dem «konzept» Ausdruck gegeben haben. Allen An- und Vorwürfen zum Trotz zeigt sich, dass ein grosses Bedürfnis nach «alternativen Informationen» besteht. • Besonders dankt sich an dieser Stelle den Spendern (PC 80-37626), die ihre «Macht weiter so!» mit einem Solidaritätsbeitrag bekräftigt haben. Man möge uns verzeihen, wenn nicht jedem Spender persönlich gedankt wird. Wir beschränken unsere (bescheidenen) Kräfte in erster Linie auf redaktionelle Arbeit. Das Geld - einige tausend Franken - soll dem «konzept» direkt zugute kommen. Die letzten beiden Nummern - und auch diese - legen Zeugnis davon ab: seit längerer Zeit wieder ein zehnteiliges «konzept».

• Während der Kampagne für «das konzept» (und gegen den Entscheid der Hochschulkommission) wurden vom «Aktionskomitee pro konzept» Gratisprobennummern und eine Ausgabe von «Di ander Züing» der Publizistikstudenten verteilt. Der Aufwand lohnt sich: «das konzept» zählt ein halbes Hundert neue Abonnenten, dazu neue Mitarbeiter und viele Leser. Nicht vergessen: Probennummern können jederzeit auf der Redaktion bestellt werden, vermitteln Sie uns Adressen von Bekannten, werben Sie Abonnenten...

• Gegen den Entscheid der Zürcher Hochschulkommission wurde ein Rekurs eingereicht. Laut - vorläufig noch unbestätigt - Information aus der Erziehungsdektion stehen die Chancen nicht allzu gut. Deutlich wurde HK-Mitglied Elisabeth Kopp (fdp.) im «Tages-Anzeiger»: Die HK hätte nicht eine Drohung auf Zukunft hin aussprechen sollen, sondern hätte ebensogut einen Schritt weiter gehen und die SUZ-Mitfinanzierung des «konzept» sofort unterbinden können...

• Falls Sie die September-Nummer (erscheint am 7. 9. 76) nicht per Abonnement oder am Kiosk erhalten, bestellen Sie die Nummer schon jetzt. Ein Talon befindet sich in dieser Zeitung, in die hinein verabschieden und uns für eine kurze Sommerpause. Vielleicht kann sich der Erziehungsrat trotz Hundstages bis dann mit dem HK-Entscheid und dem Rekurs der SUZ befassen. Neues darüber im September... Redaktion «das konzept»

Hinweise zur Erkennung und Behandlung von Geschlechtskrankheiten

Für Sommer- und andere Vögel

Das Sexualverhalten, vorab das der jüngeren Generation, ist freier und lockerer geworden. Geschlechtspartner werden häufiger gewechselt, und das Lied von der unbändigen sexuellen Treue wird nicht mehr so strapaziert wie früher. Dieses freiere Sexualverhalten – dessen ethisch-moralische Seiten hier nicht zur Diskussion stehen – hat aber auch eine Zunahme der Geschlechtskrankheiten mit sich gebracht. Die kommende Reisesaison wird mit zahlreichen Ferien-Liebesabenteuern ein übriges dazutun. «das konzept» möchte nie-

mandem die Freude an der Lust vergällen. Im Gegenteil. Aber es wird immer wieder festgestellt, dass selbst bei aufgeklärten Akademikern ein sträfliches Unwissen über das Verhalten bei Geschlechtskrankheiten vorherrscht. Diese Lücke möchten wir ausfüllen. Nicht Moral predigen, sondern wichtige Hinweise und praktische Ratschläge geben. Verfasst sind sie vom Zürcher Arzt Dr. med. Peter Frei unter Mitarbeit des Dermatologen Dr. med. Rolf Bänninger. Beigefügt sind einige Regeln der Sexualhygiene.

Regeln zur Vermeidung von Geschlechtskrankheiten

1. Die wichtigsten, gefährlichen Geschlechtskrankheiten sind **Tripper** und **Syphilis**.
2. Absoluter Schutz durch totale Enthaltensamkeit.
3. Absoluter Schutz durch ausschliesslichen Kontakt mit einem sicher treuen, ärztlich untersuchten, gesunden Partner.
4. Guter Schutz durch Verwendung von «Pariser» (Kondomen).
5. Genaue Betrachtung des Partners bei Licht:
 - Ein Partner, der sich andauernd zwischen den Beinen kratzt, ist verdächtig auf **Filzläuse** oder **Krätzmilben**.
6. Bei eher Unbekannten kein Kontakt des Mundes mit den Geschlechtsteilen, da Syphilis und Tripper auch auf Lippen und Mund übertragen werden können.
7. Eine Übertragung ist auch durch **Petting** möglich.

Regeln zur Erkennung und Behandlung von Geschlechtskrankheiten

1. Geschwüre um alle Körperöffnungen mit entsprechender Lymphknotenvergrößerung sind verdächtig auf **Syphilis**: Abstinenz, sofort Arzt (Hautklinik).
2. Bei jedem eitrigem Ausfluss aus dem Glied besteht **Tripper-Verdacht**: Abstinenz, Arzt.
3. Eine juckende Entzündung an Vorhaut und Eichel ohne Ausfluss ist meist eine **Soorpilzentzündung**: siehe dort.
4. Bei eitrigem Scheidentzündung, gekennzeichnet durch Brennen in der Scheide, durch vermehrten, eitrig-stinkenden, rahmigen Ausfluss und durch Schmerzen beim Wasserlösen, besteht **Tripper-Verdacht**: Abstinenz; jedoch darf während zwei Tagen eine gewöhnliche, eitrige Scheidentzündung angenommen und behandelt werden (siehe dort); bleiben die Symptome: zum Arzt. Merke: die normale Scheide riecht säuerlich.
5. Bei stark juckender Scheidentzündung mit weissem, böckligem Ausfluss ist eine **Soorpilzentzündung** wahrscheinlich.
6. Steht bei einem Partner die Diagnose von Tripper oder Trichomonaden fest, so müssen alle Geschlechtspartner, welche in die Ansteckungszeit fallen, mitbehandelt werden, auch wenn keine Beschwerden haben.
7. Ist die Diagnose einer Syphilis sicher, so müssen alle Geschlechtspartner untersucht und nach ca. 6 Wochen nachkontrolliert werden.
8. Eine Krankheit schliesst eine andere nicht aus. Z. B. kommen Tripper und Trichomonaden ab und zu gemeinsam vor.
9. Für ein Liebesabenteuer sollte das Interesse mindestens so gross sein, dass die Adresse des Partners notiert und er bei Syphilis, Tripper und Trichomonaden informiert wird.
10. Alle Geschlechtskrankheiten sind heute, besonders bei früher Behandlung, voll und ganz heilbar.
11. Trotzdem: eine Geschlechtskrankheit samt ihrer Behandlung ist eine recht unangenehme Geschichte. In wenig überzeugenden Situationen lieber einmal auf ein Liebesabenteuer verzichten.
12. Geschlechtskrankheiten sind eine ernste Sache, als dass aus falscher Scham die eigene Behandlung und die der betroffenen Geschlechtspartner verzögert werden dürfte. Namentlich wenn mehrere Partner in Frage kommen, ist die Herkunft der Ansteckung genau abzuklären und sind alle Partner darüber zu informieren, ungeachtet aller Hemmungen und psychischen Belastungen.
13. Verlange von deinem Arzt volle Information. Falls der Arzt eine moralische Einnischung nicht unterlassen kann, versuche ihn zu verstehen oder wechsele den Arzt.

fluss aus der Harnröhre und Brennen beim Wasserlösen. Bei der Frau entsteht meist gleichzeitig eine Entzündung des Gebärmutterkanals, was zu einer eitrig-scheidenentzündung führt. Jedoch kann der Tripper bei der Frau fast unbemerkt verlaufen.

Der Tripper kann sich auch in der Mundhöhle ansiedeln, wo er meist eine eitrige Mandelentzündung verursacht.

Ansteckung: durch Geschlechtskontakt, auch über die Finger möglich.

Diagnose: Mikroskopischer Nachweis des Erregers im Ausfluss.

Behandlung: Penicillin oder Tetracyclin oder Bactrim u. a. in genügend hoher Dosis.

Spezielles Verhalten: Bei Tripperverdacht – Arzt.

Ergänzungen: Nicht jeder eitrige Ausfluss muss ein Tripper sein. Bei Mann und Frau kann es sich auch um eine gewöhnliche, eitrige Harnröhren- resp. Scheidentzündung handeln. Bei der Frau kommt auch eine Trichomonaden-Entzündung in Frage.

Der Mund-Tripper ist selten.

Trichomonaden oder Geisseltierchen

Erreger: Trichomonaden sind einzellige Geisseltierchen.

Bedeutung: Absolut ungefährlich, jedoch lästig. Ziemlich häufig. Fast alle Frauen hatten einmal Trichomonaden.

Zeit von Ansteckung bis Ausbruch: Bei der Frau ca. 1 Woche. Der Mann kann oft während länger Zeit Träger sein, ohne richtige Beschwerden zu haben. Immer besteht Ansteckungsgefahr.

Symptome bei Ausbruch: Die Trichomonaden können sich besonders in der Scheide vermehren. In der Harnröhre des Mannes wird die Entzündung immer wieder ausgepült, weshalb sie nicht richtig zum Ausbruch kommt. Bei der Frau entsteht eine eitrige Scheidentzündung mit rahmigen, stinkendem Ausfluss. Bei Mann hingegen nur eine andeutende Harnröhrenentzündung mit ganz wenig trübem Ausfluss und leichtem Brennen beim Wasserlösen. Die Trichomonaden steigen durch die Harnröhre in die Blase und verursachen eine Blasenreizung.

Ansteckung: Durch Geschlechtsverkehr oder infiziertes Badewasser in öffentlichen Badeanstalten. Eine Ansteckung des Mundes ist nicht möglich.

Diagnose: Nachweis von Trichomonaden im Ausfluss oder Urin unter dem Mikroskop.

Behandlung: Beim Mann Tabletten Therapie, bei der Frau Tabletten Therapie und Scheidewaschungen. Präparate: Clont, Tiberai, Fialgil und Fasnig u. a.

Besonderes Verhalten: Wenn Trichomonaden bereits von früheren Infektionen her bekannt sind, kann vorerst eine eigene Behandlung mit obigen Medikamenten versucht werden. Falls jedoch im Lauf von zwei Tagen keine eindeutige Besserung – Tripperverdacht – Arzt. Unbedingt gleichzeitige Behandlung des Partners, auch wenn er keine Beschwerden hat.

Soorpilzentzündung

Erreger: Der Soorpilz kommt überall auf der Haut vor.

Bedeutung: Ungefährlich, keine Geschlechtskrankheit.

Ursachen und Symptome: Der Soorpilz ist kein eigentlicher Krankheitserreger. Er kann sich nur krankhaft vermehren, wenn die Scheide durch falsche Pflege gestört oder durch unmassige Liebe aufgeschürft ist. Die Scheide der zuckerkranken Frauen wird ganz von dem hohen Zuckergehalt zu häufigen Soorpilzentzündungen. Merkmale sind: sehr starker Juckreiz auch in der Umgebung der Scheide und viel weisser, bröcklicher Ausfluss.

Beim männlichen Glied kann die Soorpilzinfektion ebenfalls nur auf der leicht verletzten Haut von Eichel und Vorhaut angehen. Auch hier steht der starke Juckreiz im Vordergrund. Auf der Eichel finden sich rote Fleckchen, und zwischen Eichel und Vorhaut liegt ein weisser Belag.

Ansteckung: Es handelt sich nicht um eine Ansteckungskrankheit im engeren Sinn. Sicher kann ein Kranker seinen Geschlechtspartner durch Import von viel Soorpilzen anstecken. Bei sonst Gesunden ist eine Soorpilzinfektion des Mundes nicht möglich.

Diagnose: Sie kann meist aus den Symptomen gestellt werden. Bei Unsicherheit – Arzt – mikroskopischer Nachweis der Soorpilze.

Behandlung: Richtige Scheiden- und Gliedpflege, Abstinenz, mycostatinhaltige Scheidencremen oder -zäpfchen (Mycostatin, Mycogel, Monistat) oder eine wässrige Lösung mit 3% Borsäure.

Die gewöhnliche, eitrige Scheiden- oder Harnröhrenentzündung

Erreger: Keine bestimmten Erreger, sondern eine Mischung von verschiedenen Bakterienstämmen, welche sonst im Darm und auf der Haut vorkommen.

Bedeutung: Relativ ungefährlich. Keine Geschlechtskrankheit.

Ursachen und Symptome: Die gewöhnliche,

Das sollten nicht nur Frauenärzte wissen!

Was ist eine gynäkologische Kontrolluntersuchung? ¹

1. Aufzeichnung der Krankengeschichte
2. Speculum-Untersuchung

Scheide:

Ein Tropfen Sekret wird entnommen, um Erreger, die Ausfluss verursachen, festzustellen, z. B. Trichomonaden, Hefepilze. (Dieser Abstrich kann vom Arzt sofort unter dem Mikroskop geprüft werden.)

Zervixkanal und Harnröhre

Hier wird Sekret entnommen, um Gonokokken nachzuweisen, die Tripper verursachen. Für genauere Abklärung des Trippers schickt man diesen Abstrich ins Labor.

3. **Zellabstrich** für Krebsvorsorge (zytologischer Abstrich). Von der Portio wird sanft die oberste Zellschicht abgenommen. Der Zervixkanal wird kreisförmig ausgestrichen. (Diese Abstriche müssen einem Labor eingesandt werden.) Wird üblicherweise erst ab 23 Jahren gemacht.

4. **Eventuell Kolposkopie**

Betrachtung der Portio mit Lupenvergrößerung. Jodprobe.

5. **Tastuntersuchung** – Palpation, insbesondere der Brüste.

6. Der Arzt muss den **Blutdruck** messen, den **Urin** auf Zucker und Eiweiss und auf jeden Fall die **Brust** untersuchen. (Vor allem wichtig bei der Pilleneinnahme)

Was kostet eine gynäkologische Kontrolluntersuchung?

nach Krankenkassentarif: (Es müssen sich aber nicht alle Ärzte daran halten!)

Pos. 9	Konsultation beim Arzt bei Tag	9.90
Pos. 16	Für eingehendere Untersuchung, bes. die erste Untersuchung	5.20
Pos. 17	Mikroskopische oder einlässlichere chemische Untersuchung von Urin, Blut Hb, Senkung, Urin: Eiweiss und Zucker je 8.60 Fr.	
Pos. 18	Gramabstrich	18.20
Pos. 28	Gynäkologische Untersuchung	5.20
Pos. 12a	Einfaches Zeugnis	5.20
Pos. 11a	Telefonische Auskunft	5.20
	Papabstrich («Krebsabstrich»)	24.30
		99.00

¹ Die Informationen sind der Juni-Nummer von «Viva» entnommen und von einem Zürcher Arzt kontrolliert.

eitrige Scheidentzündung der Frau entsteht wie die Soorpilzinfektion bei mangelnder Hygiene und Überbeanspruchung. Die Merkmale sind vermehrter, eitrig, stinkender Ausfluss, Brennen und Jucken in der Scheide und Brennen beim Wasserlösen. Die gewöhnliche, eitrige Harnröhrenentzündung des Mannes produziert denselben Ausfluss und stark Brennen beim Wasserlösen. Die Ursache dieser Harnröhrenentzündung ist oft psychischer Art, wie Angst vor Geschlechtskrankheiten oder Konflikt mit dem Glied wegen Potenzstörungen. Aber auch Überbeanspruchung und Kontakt mit einer stark entzündeten Scheide können schuld sein sowie ein eben durchgemachter Tripper, kaltes Bier usw.

Ansteckung: Nur bedingt, wie bei Soorpilz.

Diagnose: Wird durch mikroskopische Untersuchung und durch Ausschluss von Tripper und Trichomonaden gestellt.

Behandlung bei der Frau: Bei jeder eitrigem Scheidentzündung kann vorerst diese Behandlung angewendet werden: Abstinenz, richtige Scheidenpflege, kühle Sitzbäder mit Kamillisen, Einführen von Joghurt nature in die Scheide, desinfizierende Scheidenzäpfchen oder -cremen (Gynosterosan, Betadin, Macmiror u. a.), äusserlich Bepanthen-Salbe. Falls innert zwei Tagen keine prompte Besserung – Verdacht auf Tripper oder Trichomonaden – Arzt.

Behandlung beim Mann: Tetracyclin in genügender Dosis, während genügender Zeit, durch den Arzt.

Juckende Hautkrankheiten

Krätzmilbe (Scabies): Das Weibchen der Krätzmilbe frisst lange Gänge in die Hornschicht der Haut, wo es Eier und Kot hinterlässt. An diesen Stellen kommt es zu juckenden Knötchen. Da die Krätzmilben Feinschmecker sind, kommen sie besonders im Bereich der feinen Haut, nämlich an den Genitalien, in den Leisten, in den Achseln, zwischen den Fingern und an den Warzenhöfen vor. Im Bereich des Hodensacks sind gerötete, erbsengrosse Knötchen typisch. Bei starkem Befall ist der ganze Körper betroffen, ausser dem Kopf. Ansteckung meist durch Benutzung gemeinsamer Schlafstellen (auch Militär usw.).

Filzläuse: Sie sehen aus wie kleine Blutrüsten an den Schamhaaren, ganz hautnah. Beim Berühren bewegen sie sich langsam. Die Nissen (Eier) sitzen hautnah an den Schamhaaren, sehen aus wie Schuppen, sind jedoch nicht wegweisbar. Bei Raumknappeit wandern die Filzläuse in andere Regionen, beispielsweise in die Achselhöhlen, aus. Ansteckung durch Körperkontakt.

Behandlung gegen Filzläuse und Krätzmilbe: Einstreichen des ganzen Körpers mit Atan oder Jacutin mit Ausnahme des Kopfes. Belassen dieses Medikamentes während zwei Tagen.

Pickel und Furunkel: Können auch im Geschlechtsbereich vorkommen und sind ungefährlich. Die Haut ist im Bereich dieser roten, schmerzhaften Knötchen ganz, Behandlung: Desinfektion und eventuell Eröffnung.

Spitze Warzen: Sind weissliche, mehr oder weniger grosse Warzen mit gezählter Oberfläche, welche leichten Juckreiz verursachen können. Sie kommen beim Mann an der Eichel und an der Vorhaut und bei der Frau an den Schamlippen bis tief in die Scheide hinein vor. Kleine Ansteckungsgefahr. Spitze Warzen sind ungefährlich und können durch den Arzt mit der elektrischen Schlinge oder mit einem ätzenden Mittel (Podophyllin) weggebracht werden. Diese Behandlung ist selbst bei starkem Befall möglich.

Aussereuropäische Geschlechtskrankheiten

Die wenigen gefährlichen aussereuropäischen Geschlechtskrankheiten sind alle von Lymphknotenvergrößerungen in der Leiste begleitet.



Die Liebe braucht keine schmutzige Sache zu sein! Man beachte die «Kleine Sexualhygiene» auf Seite 6.

Syphilis oder Lues

Erreger: spiralförmige Bakterien. Im ersten Stadium im Geschwür vorkommend, im zweiten Stadium im Blut und in den aufgetratzten Hautknötchen.

Bedeutung: Seltene, jedoch wieder zunehmende, gefährliche Geschlechtskrankheit.

Zeit von Ansteckung bis Ausbruch: etwa 2–3 Wochen. Bereits während dieser Zeit besteht Ansteckungsgefahr.

Symptome bei Ausbruch: Geschwüre (eins oder mehrere) und geschwollene, schmerzhafte Lymphknoten. Geschwüre sind Löcher in der Haut, wo das darunterliegende Gewebe sichtbar ist. Sie sind meist schmerzhaft.

Lokalisation der Geschwüre (und der Lymphknoten) um alle Körperöffnungen: Eichel und Vorhaut (Leistenlymphknoten), Scheide und Umgebung (Leisten), Darmtrakt (Leisten), Lippen und Mund (Lymphknoten unter Unterkiefer und am Hals).

Im zweiten Stadium, ca. 6 Wochen nach Ansteckung und 3 Wochen nach Ausbruch der Geschwüre, kommt es zu kleinen, rötlichen, schuppigen Hautknötchen, welche ebenfalls Erreger enthalten. In diesem Stadium sind die anfänglichen Geschwüre abgeheilt.

Ansteckung: durch Kontakt der Schleimhaut mit den Geschwüren oder aufgetratzten Knötchen, Geschlechtsverkehr, Petting.

Diagnose: Nachweis von Erregern im Geschwür (oder in aufgetratzten Knötchen) mittels Dunkelfeldmikroskop. Im späteren Stadium ist nach Abheilung der Geschwüre der Nachweis von Abwehrstoffen im Blut, ca. 6 Wochen nach Ansteckung, möglich.

Behandlung: Penicillin oder Erythromycin in genügender Dosis, nach bestimmtem Plan.

Spezielles Verhalten: Bei Verdacht – Arzt. Bei dringendem Verdacht – Hautklinik. Vor der Diagnose keine Salben auf Geschwüre bringen, da dadurch der Erreger evtl. vertiebt werden und keine Antibiotika, da dadurch der Blutnachweis verfälscht werden kann.

Ergänzungen: Nicht jedes Geschwürchen muss Syphilis sein. Der Herpes, welcher an der Eichel, der Vorhaut, an den Schamlippen und an den Lippen vorkommen kann, beginnt mit Bläschen, welche zu einem Geschwürchen aufbrechen. Diese Geschwürchen und die dazu gehörenden Lymphknoten sind im allgemeinen schmerzhafter als die Syphilis. Der Herpes ist harmlos, heilt spontan ab.

Radiär verlaufende Rissen um die Darmöffnung sind relativ häufig und verursachen Schmerzen und Juckreiz. Behandlung mit desinfizierender, steroidhaltiger Salbe.

Kleine Rissen im Bereich des Scheidentragenden und am Glied können auch durch wildes Liebespiel entstehen und sind harmlos.

Tripper oder Gonorrhö

Erreger: Gonokokken im Ausfluss.

Bedeutung: Häufige, gefährliche Geschlechtskrankheit.

Zeit von Ansteckung bis Ausbruch: einige Stunden bis 5 Tage und länger (Normalfall 2–4 Tage). Während dieser Zeit besteht bei eitriger Ansteckungsgefahr. Beim versteckten Tripper der Frau liegt die Ansteckung evtl. lange zurück.

Symptome bei Ausbruch: Bei Mann und Frau tritt die Harnröhrenentzündung im Vordergrund mit eitrigem, stinkendem Aus-

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz, Telefon 0 (01) 47 75 30, Postseckkonto: 80-37626.

Redaktion: Konrad Fisser, Ruedi Kung, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikonservatorien, Höheren Wirtschaftsschulen und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 36 000

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 0 (01) 47 34 00, Telex 55 235

1-sp-mm-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8001 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 5: 1. 10. 76

Inseratenschluss Nr. 5: 8. 10. 76

für «das konzept» ist es nie zu heiss. Überzeugen Sie sich jetzt! Mit einem Abonnement.

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweiskopie belegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen):

☐ September 76 bis Dezember 77 (16 Monate) für 22 Fr. (Ausland 28 Fr.)

☐ zum Schülerpreis von 14 Fr. (Ausweiskopie belegen)

☐ zusammen mit dem «zürcher student» (Sept. 76 bis Febr. 77) für 16 Fr.

☐ Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Name, Vorname: _____

Adresse mit PLZ: _____

Beruf: _____ Datum: _____

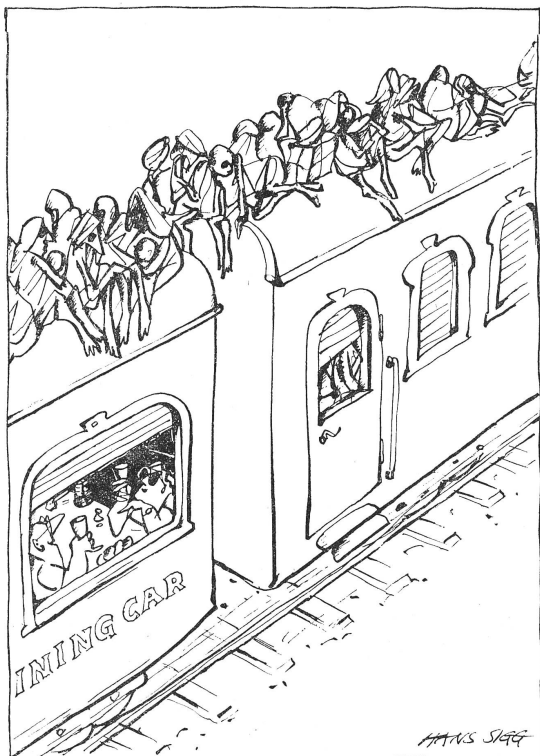
Tel.: _____

Bitte einsenden an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/*als Probenummer/* am Kiosk/*und ein freies Exemplar in wachsender geheimer Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): _____

dk 76/7



«Was das Leben zu Hause in der Schweiz so monoton macht, ist der Mangel an Gegensätzen.»

Ferien der Reichen in den Ländern der Armen

Die Weissen kommen!

Der Kluge reist – in die dritte Welt! – Denn dort ist das Leben für uns viel billiger als in der Schweiz, dort können wir europäischem Grossstadtleben entfliehen, dort ist das Leben exotischer, einfacher, natürlicher als der komplizierte Alltag bei uns. ... So denken viele: 1973 waren es bereits 25 Mio. «Kluge», die als Touristen in die dritte Welt reisten (1967: 13 Mio.); allein in der Stadt Zürich gibt es über 100 Reisebüros (die Filialen einzeln gezählt), von denen der grössere Teil auch Reisen in die dritte Welt anbietet. Der Tourismus in der dritte Welt hat eine enorme Bedeutung erlangt und prägt unser Bild von der dritten Welt entscheidend.

Was denkt wohl ein afrikanischer Bauer, wenn ein Tourist ihn fotografiert? Wenn kommt das Geld zugute, das ein Tourist für seine Ferien in einem Entwicklungsland ausgibt? Wieviel Infrastrukturkosten muss wohl ein Entwicklungsland aufwenden, bis es als Touristland in Frage kommt? Solche Fragen muss sich jeder stellen, der seine Ferien verantwortungsbewusst und abgeschlossen planen will. Die Beantwortung der Fragen ist allerdings oft nicht leicht, da es noch zuwenig genaue Untersuchungen über den Tourismus in Entwicklungsländern gibt.

Zum Ökonomen: Die Bruttodeviseneinnahmen aus dem Tourismus sind offensichtlich in den meisten Tourismusländern beträchtlich; auf den zweiten Blick dann merkt man, dass die Netto-deviseneinnahmen kleiner sind, je weniger entwickelt ein Land ist (Importe von Luxusgütern, Hotels in ausländischem Besitz usw.). Die Wirkung des Tourismus auf die Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer wird heute weit weniger optimistisch beurteilt als noch vor ein paar Jahren. Dasselbe geschieht in der Beurteilung der Beschäftigungswirkung: Die Arbeitsplätze sind im Tourismussektor oft fast so kapitalintensiv wie in der Industrie, d. h. viel kapitalintensiver als z.B. in der Landwirtschaft. Ein weiteres Problem ist, dass ein Land politisch ziemlich stabil sein muss, damit es von den Reisekonzernen als für den Tourismus geeignet betrachtet wird. Das führt oft zu einer – weiteren – Abhängigkeit vom Ausland.

Zu den schwerwiegendsten Problemen, die der Tourismus mit sich bringt, gehören aber langfristig gesehen die soziokulturellen. Der Tourismus hat einen starken Einfluss auf das Konsumverhalten der Bewohner der bereisten Länder, ebenso auf die Ausbreitung der Prostitution usw., und das oft gehörte Argument, Tourismus trage zur Völkerverständigung bei, muss nach Untersuchungen an deutschen Afrikanern leider mehrheitlich verneint werden. (Viele der eben genannten negativen Wirkungen gelten übrigens auch für Transpourtouristen!)

«Was ist Reisen? Keine Ortsveränderung? Keineswegs. Reisen heisst, seine Meinungen und Vorurteile zu ändern» Anatole France

Welches ist nun die Konsequenz aus den Problemen? Sollte man am besten nicht mehr in die dritte Welt reisen oder nur noch mit einem schlechten Gewissen? Wenn ich z.B. aus einem schlechten Gewissen heraus für die Produkte

auf dem Lokalkmarkt überdurchschnittliche Preise bezahle, treibe ich nur die Preise in die Höhe, anstatt dem Einzelmann zu nützen. Dieses Geld wäre dann besser bei einem Hilfswerk oder einer entwicklungspolitischen Organisation angelegt. Es ist utopisch und zugleich sinnlos, zu fordern, man solle nicht mehr reisen. Aber man sollte vielleicht weniger oft reisen und dafür – wenn man reist – länger, besser vorbereitet und stationärer – an einem Ort, um wirkliche Kontakte zu haben. Man könnte sich auch vermehrt darum bemühen, Afrikanern oder Asiaten Aufenthalt in den Industrieländern zu ermöglichen, damit ein echter Austausch möglich wird.

Ch. Stückelberger

Interdisziplinäres Nachdiplomstudium über Probleme der Entwicklungsländer.

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Ganzjähriges Ausbildungsprogramm
für Hochschulabsolventen
vom 15. Februar 1977
bis Mitte April 1978.

Studium der technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer. Einbezogen sind u. a. Ökonomie, Geschichte, Kulturtechnik, Agrarwirtschaft, Entwicklungsplanung, Projekt-evaluation, Bildungspolitik, Systemwissenschaft, Ökologie, Urbanisation.

ETH
ZÜRICH

Sprachkurse für das Praktikum.

Praktikum von 3 Monaten in einem Entwicklungsland im Anschluss an das Sommersemester.

Stipendien: Kantonale Studienbeiträge und Stipendien durch den Kurs sind möglich. Reisekosten trägt der Kurs.

Information und Anmeldung: Interdisziplinäres Nachdiplomstudium über Probleme der Entwicklungsländer, Weinbergstr. 98/100, 8006 Zürich, Telefon (01) 60 34 14.

Anmeldeschluss:
30. September 1976

Attraktive SSR-Leistungen

Die Informierten reisen besser

Der Schweizerische Studentenreisedienst (SSR), hervorgegangen aus einem bescheidenen Amateurbetrieb des VSS-Auslandamtes, ist heute der grösste studentische Dienstleistungsbetrieb in der Schweiz mit über 70 Angestellten, einem Jahresumsatz von 32,9 Millionen Franken und einem vielfältigen, mehrheitlich preisgünstigen Angebot, das auch einige Ferien-Alternativen enthält, die man bei den kommerziellen Reisebüros vergeblich im Prospekt sucht. Indes: Genossenschaftler (Studentenschaften und Technika), die im März teilweise neu bestellte Verwaltung und das Personal sehen sich mit Schwierigkeiten konfrontiert, die bei einem Betrieb dieses Ausmasses naturgemäss auftauchen, aber – so hoffen alle Beteiligten – durchaus lösbar sind.

Die Leistungen des SSR wurden Jahr für Jahr ausgebaut: Neben den «klassischen» Studententouren (z. B. London einfach für 128 Fr.) verkauft der SSR immer mehr «Eurotrain»-Billette, mit denen Studenten und Schüler ohne Altersbeschränkung, Lehrlinge, Berufstätige und Arbeitslose bis zu 21 Jahren in ganz Europa äusserst billig Eisenbahn fahren können (z. B. nach Athen für 123 Fr., nach Brindisi für 49 Fr., nach Kopenhagen für 120 Fr.; einfach ab Zürich).

Tips und Tickets

Doch der SSR – dies unterscheidet ihn oft von der Kommerz-Konkurrenz – verkauft nicht nur die nackte Transportleistung, sondern auch das dazugehörige Know-how: Die unkonventionelle, von der SSR-Informationstelle geschriebene Alternativbrochure «Eisenbahntips» erscheint bereits in der 3. Auflage und kann für 2 Franken bei den SSR-Verkaufsstellen oder beim studentischen Buchvertrieb bezogen werden. Auch wer z. B. beim SSR für 904 Franken ein Flugbillet Zürich-New York-Zürich kauft, erhält dazu für weitere drei Franken eine USA-Broschüre, die dem Flugpassagier mit kleinem Geldbeutel in den USA weiterhilft.

Die Pauschalreisen beim SSR reichen von reinen Badeferien (z. B. zweiwöchiger Zeltplausch in Canet de Mar, Spanien, von 295 bis 380 Fr.) bis zu anspruchsvollen Studienreisen durch Afrika oder in den Fernen Osten. Daneben finden Schüler, Studenten, Lehrlinge und Berufstätige bis zu 35 Jahren (nur bei den Flügen gibt es Einschränkungen!) billige Aktivprogramme, z. B. Wander- und Veleferien oder Städtereisen. Das Griechenland-Angebot füllt im SSR-Programm allein sieben Seiten, dazu kommen noch günstige Einzeltransporte (Flug 233 Fr., Zug 123 Fr., Zürich-Athen einfach).

Alternative Reisehandbücher

Ein alternatives Griechenland-Reisehandbuch ergänzt schließlich die zahlreichen SSR-Leistungen: Es erscheint in der 2. Auflage und entstand unter Mitarbeit des «Tagess-Anzeiger»-Korrespondenten Paul L. Walser.

Aber auch im Herbst ist beim SSR noch etwas los, vor allem im nahen und (infolge der Wechselkurse) unglaublich billigen Italien: Eine 10tägige Toscanawanderung kostet 410 Franken, eine zweiwöchige Sizilienrundreise 815 Franken und eine 11tägige Rundreise Florenz-Rom-Venedig 550 Franken. Für SSR-«Ferienaktivisten» haben die beiden Journalisten Roberto Padrucci und Martin Enkelmann ein alternatives Reisehandbuch über Italien geschrieben, das auf 92 Seiten für nur 3 Franken über Treffpunkte, billige Plattenläden, alternative Vergnügungsmöglichkeiten usw. orientiert und die gesellschaftlichen

Widersprüche in Italien schildert, die – vor allem nach den Parlamentswahlen im vergangenen Monat – langsam auch ennet des Gotthards zur Kenntnis genommen werden.

Dienstleistungen

Der SSR-Workshop, die SSR-Werkstatt, soll eine Alternative zum bestehenden Reiseprogramm bieten. Durch ein reichhaltiges Kursprogramm in der Schweiz sollen Gruppenprozesse und Prozesse im einzelnen gefördert werden (alle Kurse sind in einem speziellen «Workshop-Programm» zusammengefasst).

Eine reine Dienstleistung des SSR ist der Tramp-Service: Jeder kann hier Adressen von auskunftswilligen Trampnern für seine Reise verlangen, wer selbst Reiseinformationen hat, kann seine Adresse zur Verfügung stellen. Das Prozedere ist denkbar einfach: Coupon auf S. 5 im SSR-Programm ausfüllen und dem SSR senden, die Antwort kommt postwendend.

Für die «konzept»-Leser bereits ein Begriff ist die SSR-Kontakthörse «Reis mit», die jeden Monat im «konzept» erscheint: Wer einen Reisegefährten oder eine Reisegefährtin sucht, inseriert in dieser Rubrik meist mit Erfolg und natürlich gratis.

Wenig Geld – aber Ideen

Dem reichhaltigen Angebot stehen auf der anderen Seite ernst zu nehmende finanzielle Probleme gegenüber, von denen der SSR nicht verschont bleibt. Die Rezession hat auch beim SSR ihre Spuren hinterlassen: zudem spürt man seit einiger Zeit die Folgen der während Jahren betriebenen raschen Expansion. Wie der neunköpfige Verwaltungsrat (seit März sind vier neue Mitglieder dabei) neue Möglichkeiten der Ertragssteigerung findet, steht noch offen. Zur Diskussion steht ebenfalls die Verbreiterung der Eigenkapitalbasis mittels Abgabe von Partizipations- oder Genussscheinen. Natürlich werden auch Wege der Aufwandverminderung geprüft, wobei hier die Verwaltung vor schwerwiegenden Entscheidungen gestellt sein dürfte, machen doch die Personalkosten beim SSR wie bei anderen ähnlichen Dienstleistungsbetrieben und die Hälfte des Gesamtaufwandes aus.

Auch ergeben sich seit einigen Jahren strukturelle Probleme: Aus der Sicht der Studenten und der Studentenschaften ist der SSR ein Grossbetrieb, der sich stark verselbstständigt hat. Daraus resultieren einige Vorstösse, mit denen die Genossenschaftler versuchen, den SSR vermehrt an die ideelle Zielsetzung zu binden. (Aus diesem Grunde wurde beispielsweise die Informationsstelle gefördert und eingerichtet.) Auf der anderen Seite sehen sich Verwaltung und Geschäftsleitung mit dem Problem konfrontiert, bei einer relativ instabilen Trägerschaft auf Verständnis für ihre geschäftspolitischen Anliegen zu stossen. Wie sich an der vergangenen ausserordentlichen Generalversammlung vom 25. Juni zeigte, steht aber momentan die Lösung der finanziellen Probleme im Vordergrund: Die Genossenschaftler haben diesbezüglich der neuen Verwaltung ihr Vertrauen ausgesprochen.

Mitbestimmung beim SSR

Erfreulich ist, dass das Personal weitgehend aus eigenen Initiativen Vorbereitungen zur Einführung der innerbetrieblichen Mitbestimmung getroffen hat. Zu diesem Schritt haben die Genossenschaftler an der GV 1974 grünes Licht gegeben. Zwar ist das heute gültige Reglement über die Mitbestimmung erst im Anfang, dennoch können jetzt Personal wie Geschäftsleitung und Verwaltung ihre ersten Erfahrungen sammeln, damit die notwendigen Erfahrungswerte für einen Ausbau der Personalrechte später vorhanden sind.

Bei der Genossenschaft Schweizerischer Studentenreisedienst (SSR) wird die Mitbestimmung für die rund 70 Angestellten (SSR) geschaffen. Bereits seit Anfang Mai 1976 ist ein von Personal, Verwaltung und SSR-Genossenschaftern gebilligtes Reglement über die «Mitbestimmung» in Kraft, welches den Personalvertretern einige Mitspracherechte in Direktion und Verwaltung des SSR gewährt. (Die Stufe 1) entstand durch eigene Initiative aus den Reihen von SSR-Angestellten, welche in über einjähriger intensiver Arbeit konkrete Vorschläge für die Mitbestimmung ausarbeiteten. Das nun in Kraft gesetzte Reglement ist eine zwischen Personalvertretern (Personalausschuss), Verwaltungsrat und Direktion ausge-

handelte Kompromisslösung, welche in der Praxis erprobt wird und Erfahrungswerte für weitere Mitbestimmungsstufen geben soll.

Oberstes Organ der SSR-Angestellten ist die einmal monatlich einberufene Personalausschussversammlung, welche personalpolitische Vorstösse verabschiedet, dem fünfköpfigen Personalausschuss Richtlinien erteilt und die Kandidatennliste für die Personalauswahl zusammenstellt. Je zwei Mitglieder des Personalausschusses nehmen an den Sitzungen der Direktion (unterparteiliche Mitbestimmung) und des Verwaltungsrates (Mitsprache) teil. Bei Uneinigkeiten kann eine aus Personalausschuss, Direktion und Verwaltungsrat zusammengesetzte Schiedsstelle angerufen werden.

Konrad Fister

Hilfe für die Saharais

In der Juni-Nummer berichtete «das Konzept» über den Völkermord am Volk der Saharais durch die neuen marokkanischen und mauritanischen Kolonialherren. Der Bericht von der Reise eines schweizerischen Arztteams in die Flüchtlingslager in Algerien war zugleich ein Aufruf, dem durch Verfolgung und Krankheiten bedrohten Volk zu helfen. (Die Juni-Nummer ist zu beziehen bei der Redaktion «das Konzept», Rämistr. 66, 8006 Zürich.)

Auf zahlreiche Anfragen teilen die Verfasser mit: Ein deutsch-schweizerischer Zweig des «Comité suisse des soutiens au peuple saharai», c/o Dres med. Martinoli, Konradstr. 9, 5000 Aarau) koordiniert die Hilfe für die Westsahara in Zusammenarbeit mit verschiedenen Hilfswerken. Deren Konten sind:

Christlicher Friedensdienst, Bern, PC 30-7924
Terre des hommes Schweiz, Basel, PC 40-260
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk, Zürich, PC 80-183

Weitere Informationen über: «Arbeitsgruppe dritte Welt, Aarau (PC 50-740), Postfach 661, 5001 Aarau.

Sinnvoll sind momentan einige Geldspenden, entweder für humanitäre Hilfe oder für die Informationsarbeit auf die angegebenen Konten. Bitte auf keinen Fall gesammelte Medikamente schicken!

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion interessante Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Tourismus in Entwicklungsländern

All diese Fragen werden ausführlich behandelt in der im Mai 76 von der Kommission für Entwicklungsfragen der Uni Zürich herausgegebenen Broschüre «Tourismus in Entwicklungsländern» (45 Seiten). Sie kann für 2.50 Fr. (in Briefmarken) bezogen werden bei: Kommission für Entwicklungsfragen der Uni Zürich, Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Darin sind auch Hinweise auf alternative Reiseorganisationen zu finden. Die Broschüre dient sehr gut sowohl als «Reiseprovisor» wie als Bettelkür für Daheimgebliebene.

Terror in Chile

Seit dem 11. September 1973 wütet in Chile der Terror der faschistischen Militärdiktatur. Über 30 000 Revolutionäre und Demokraten wurden seither ermordet. Viele sind immer noch in Gefängnissen. Die Sozialistische Partei Chiles und die POCH veröffentlichen in einer Broschüre Aussagen von geflohtenen Mitgliedern der chilenischen Linken sowie von Christen und Demokraten. In einem letzten Teil wird eine Anzahl Namen bekannter Folterknechte aufgeführt und durch dokumentarische Kurzanfragen ergänzt. Information über den täglichen Terror in Chile soll dazu beitragen, dieses Regime auch in der Schweiz zu diskreditieren. «Terror in Chile», POCH-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich, 5 Fr.

USA-Broschüre des SSR

In der Reihe «Das andere Reisehandbuch» ist beim Schweizerischen Studentenreisedienst (SSR) die Broschüre «USA» erschienen. Sie enthält praktische Reisetipps für Jugendliche (vor allem über New York) und schildert daneben auch die gesellschaftlichen Probleme der Vereinigten Staaten (Minoritäten, Erziehung, Schule usw.). Broschüren der Reihe «Das andere Reisehandbuch» können beim SSR, Postfach 3244, 8023 Zürich, gegen Retourcoupon und 3 Fr. in Marken auch über Griechenland und – besonders aktuell – Italien bezogen werden. Bereits in der 3. Auflage erschien dieses Jahr auch die für 2 Fr. erhältliche Broschüre «Eisenbahntips».

Lesetexte 4/76

Schul-Aufgaben

«Rechne!» stand in unsern Rechenbüchern als plumpe Aufforderung hinter jeder der phantasiosen Sätzchenrechnungen mit den hoffnungslos veralteten Brotpreisen und den unentwegt fliessenden Brunnenröhren. «Rechne!», «Prüfe nach!», «Schreibe!» steht auch heute noch in den meisten Schulbüchern. Die Kinder werden dazu angehalten, die Anweisungen zu befolgen. – Die Arbeitsgruppe Lesetexte macht es anders.

Rechnen

1. Ein armer Mann mit drei Kindern verdient im Monat tausend Franken. Ein reicher Mann verdient im Monat hunderttausend Franken. Wie viele Kinder hat dennach der Reiche?

2. Der Werkdirektor braucht ein ganzes Monatsgehalt für einen neuen Mercedes. Ein Werkgangesteller braucht seinen ganzen Monatslohn zum Leben. Wovon lebt der Werkdirektor?

Anmerkungen:
Diese beiden Rechnungen kannst du so lösen, wie du willst. Die Antwort kann in Zahlen und Worten oder nur mit Worten sein. Du kannst auch überlegen und dann schreiben, was man tun sollte, wenn etwas anders sein sollte.

Lesetexte 4/76

1972 haben die jungen Lehrer, Studenten, Psychologen, Eltern und Grafiker, ihre erste Mappe mit Texten und Bildern auf losen Blättern für alle Schulstufen herausgegeben und damit ein heftiges Echo ausgelöst.

Die Arbeitsgruppe versteht die Lesetexte als Beitrag zur Mündigkeit und Bewusstseinsbildung der Schüler, Lehrer und Eltern. Die Lesetexte ergreifen Partei und fordern die Leser zur eigenen Parteinahme heraus: «Jedes Blatt ist ein



Der «Grossstadtvogel» zum Thema Umweltzerstörung

Arbeitsblatt, offen für Abänderungen, Ergänzungen, Zeichnungen... Diese dritte Lesemappe im ganzen ist ein Versuch, nicht mehr nur Kommentartexte zusammenzustellen, sondern auch verziehen bewusst auf eine Trennung «Schüler- bzw. Lehrerhefte», um Ziel und Methode möglichst durchschaubar zu machen.

Es gibt also kein «Lösungsheft» für den Lehrer. Die Vorstellung eines Erziehers, der die «richtige» Antwort einfach nachschlagen kann, ist bei beiden Themenschwerpunkten der Lesetexte 4/76 absurd; denn bei beiden Themen «Angst» und «Fremdarbeiter» sind Lehrer, Schüler und Eltern gleichermas-

Scheinheile Welt – ade!

Die Grundkonzeption und die Zielsetzung der Arbeitsgruppe wurde im «konzept» ausführlich dargestellt, als 1974 die zweite Ausgabe der Lesetexte, die Nummer 2-3/74, erschien. Die «konzept»-Nummer 4/74, die auch viele Text- und Bildbeispiele aus den Lesetexten 2-3/74 enthält, ist gegen 1.50 Fr. in Briefmarken zu beziehen bei: «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

sen Betroffene, kann sie niemand «aus der Sache heraushalten». Was die Arbeitsgruppe zu «Angst haben – Angst machen» formuliert, überträgt sie auch auf die Probleme der Fremdarbeiter, auf die Umweltzerstörung: «Angst ist nicht nur eine krankhafte Erscheinung, sondern wir alle haben guten Grund, Angst zu haben. Angst wird zum Teil bewusst erzeugt, gesellschaftliche Bedingungen von Angst sind darum nicht einfach schicksalhaft, unaufhebbar. Wollen wir Angst aber gemeinsam angehen, müssen wir sie aus dem Raum des «Privaten» («das ist nur mein Problem»), heraus-

Was ist an diesen Sätzen falsch?

Der Mann bügelt die Hemden. Die Frau bringt den Zehnten nach Hause. Das Mädchen spielt Fussball. Der Knabe weint. Der Mann kocht das Mittagessen. Nichts, meinen die Lesetexte.

len, sie nicht mehr nur als persönliches Problem verstehen. Wir müssen lernen, darüber zu reden, um gemeinsame Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Die Arbeitsgruppe Lesetexte unterstützt die ihrer Ansicht nach wichtige Aufgabe der Schule, bei der Realitätserfahrung der Kinder anzusetzen, dazu beizutragen, dass sie «sich zu helfen wissen» und dass sie «sich zusammentun», um gemeinsame Probleme gemeinsam anzugehen. Wenn dabei wie erwähnt, «Privates» hervorgeholt wird, so geschieht das auf höchst lustvolle Weise.

Bestellungen

Die Lesetexte 4/76 können für 12.50 Fr. (Klassenpreis ab 10 Exemplare 9 Fr.) bezogen werden bei: Arbeitsgruppe Lesetexte, Reichenbachstrasse 122, 3004 Bern (Blätter auch einzeln erhältlich).

Für 10 Franken sind auch noch die Lesetexte 2-3/74 zu kaufen.

Hilfe für Lehrer: Zentralstelle für alternative Unterrichtsmittel

Wider die Untertanen-Fabrik

Lehrer, denen die Fragwürdigkeit der althergebrachten Lehrmittel bewusst ist und die sich auf der Suche nach Alternativen die Beine abgelaufen haben, können aufatmen: Die neugegründete «Zentralstelle für alternative Unterrichtsmittel» (ZAUM) wird ihnen einen grossen Teil dieser Arbeit abnehmen. Über Arbeit und Aufbau der ZAUM berichtet Beat Schwein-gruber.

Viele Lehrer sind sich der Problematik der traditionellen Lehrmittel bewusst. Sie bemühen sich um eigene Faust, alternatives Material zu sammeln und zu bearbeiten. Einige haben zum gleichen Zweck Gruppen gebildet. So sind an verschiedenen Orten Leute an der Arbeit und Materialien bereits vorhanden, die für viele Lehrer eine konkrete Arbeits erleichterung bedeuten können. (Vgl. den nebenstehenden Beitrag «Schul-Aufgaben».)

Viele bedauern den Umstand, dass mangels Koordination doppel- oder mehrspurig am selben Thema gearbeitet wird. Noch bedauerlicher ist aber, dass all die geleistete oder noch zu leistende Arbeit oft nicht die Verbreitung erfährt, die sie eigentlich verdient.

Ein Dienstleistungsunternehmen

Deshalb haben einige in der GKEW (Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft) zusammengeschlossene Lehrer die «Zentralstelle für alternative Unterrichtsmittel» kurz ZAUM, ins Leben gerufen und als selbständigen Verein konstituiert. Die Aufgaben der ZAUM bestehen im Erfassen der vielfältigen Aktivitäten, im Sammeln und Ordnen schon bestehender Unterrichtsmaterialien (Lektionen, Arbeitsblätter, Textsammlungen usw.), im Vervielfältigen und schließlich im Verbreiten unter der interessierten Lehrerschaft.

Die Verbreitung des Materials erfolgt über einen Abonnentenkreis. Der ZAUM-Abonnent erhält vorerst jeden 2. Monat Material zugesandt, das aus zwei Teilen besteht:

1. Unterrichtsmittel, d. h. Arbeitsblätter, Arbeitsreihen in einheitlichem, kopierbarem Druck und beigelegten methodisch-didaktischen Hinweisen bzw. Erfahrungsberichten. Der Abon-

Inhalt des 1. Versandes:

- Fremd sein in der Schweiz (Theaterstücke zum Ausländerproblem)
- Funktion des Theaters in der Schule
- Das Schüler-Würfelspiel «Alternativen im Klassenzimmer»
- Beteiligungsmöglichkeiten mit Abfällen und Gemise
- Angst (Karteikarte zum Thema «Angst» aus der Lesetextmappe Nr. 4)

Kontaktadresse ZAUM:

ZAUM, Postfach 1160, 8042 Zürich

nent bestimmt selbst, ob er alles Material will oder ob er sich auf eine Stufe beschränkt.

2. Kartei: Für jedes Arbeitsblatt oder jede Unterrichtsreihe wird zusätzlich eine Karteikarte geliefert, aus der die Verwendungsmöglichkeiten ersichtlich sind. Ebenfalls in Form von Karteikarten werden des weiteren Hinweise auf Materialien gegeben, die nicht bei der ZAUM erhältlich sind (Filme, Lehrbücher, Schülerliteratur usw.). Der Abonnent stellt die Kartei zusammen und erleichtert sich somit den Überblick über alternatives Material.

20

Lesetexte 4/1976
Fremdarbeiter – Fremdarbeiterkinder
«Hemden!» – Autoren eines spanischen Jungen (der Name ist der Arbeitsgruppe bekannt)

Ich bin 11 alt. Ich bin in Spanien geboren. Das erste mal das ich in die Schweiz kam war ich 2 Monate alt. Ich bin 6 einhalb jahre in der Schweiz gewesen. Wir haben immer an Spanien gedacht, dann sind wir nach Spanien zurück. Das Wetter war immer schlecht und meine Mutter war immer krank. Mein Vater war immer verrückt. Wir haben eine Confiserie die Berna heisst. Dort hat es sehr freche Leute, zum beispil die Schwester meines Vaters. Wir haben immer an die Schweiz gedacht und dann sind wir zurück gekommen. Die Schweizer sind aber anders geworden. In der Schule sagen die Kameraden zu den Ausländern freche sachen und lachen sie aus. In Spanien hatte es mir im Dorf meiner Mutter gefallen, aber nicht in der Stadt wo wir gewohnt haben; Ich weiss nicht ob wir in der Schweiz bleiben sollen oder in dieses Dorf gehen.



Dass Schweizer Firmen das Uno-Handelsbargo gegen Rhodesien verletzten, ist Eingeweihten schon lange bekannt. Nachdem jetzt aber der zuständige Ausschuss des Weltsicherheitsrates einen vertraulichen Bericht darüber erstellt hat, wird dem EPD die Sache peinlich, wegen der aussenpolitischen Reputation und der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung Schwarzafrikas. Man versichert zwar immer noch, die vor 10 Jahren beschlossene mengenmässige Begrenzung werde eingehalten, zugleich aber müssen Gesetzeslücken gestopft werden. «Konkrete Vorbereitungen für ein Ausfuhrverbot sind zurzeit nicht im Gange, aber das Verständnis für eine solche Massnahme nimmt zu.» Vielleicht gibt es in einigen Jahren eine solche Regelung – wenn Rhodesien von der schwarzen Mehrheit regiert wird?

All jene, die sich hie und da Gedanken machen zum Verhältnis von Militär, Wirtschaft und Gesellschaft über komplexen Anhänglichkeiten und Verflechtungen, werden in einer bezahlten Werbebeilage der April-Nummer der «ASMZ» (Organ der Offiziersgesellschaft) von Ernst Wetter, Divisionär und rechter Patriot, eines Besseren belehrt: «Wenn es aber in Europa noch Strategen und Wirtschaftspolitiker gibt, so müssen diese zum Nutzen ihrer eigenen Länder sich bedingungslos und unabhängig von gesellschaftspolitischen Überlegungen hinter Südafrika und Rhodesien stellen, solange dazu noch Zeit ist.» Noch eine Frage zu dieser Wetter-Prognose: Wo stehen denn die Gesellschaftspolitiker?

Im Vorfeld der IDA-Abstimmung beschäftigte den Chef von «Finanz und Wirtschaft» die Frage, ob wir zuwenig Entwicklungshilfe leisten: Wir geben wenige Kredite als andere Staaten, aber wir haben dazu auch weniger Anlass als einige Länder mit kolonialistischer Vergangenheit. Zweitens: «Die Schweiz ist von Natur aus weit ärmer als die meisten Entwicklungsländer. Was (bei uns) erreicht wurde, ist eigener Tat- und Arbeitskraft zu verdanken.» Drittens: «Wenn man davon ausgehen will, dass

Revue der Revuen

Sommergeist

«alternatives», die andere Urner Zeitung, berichtet in ihrer Nr. 7/8-76 über den Christlichen Metallarbeiterverband. Neben vielem anderen auch über das Verhältnis der neuen CSP zur CVP Uri. Postfach (PF) 201, 6460 Altdorf. 2 Fr.

«steibock», die Zeitung für Nidwalden, schreibt in der Nr. 11 (Juni) 76 über die Geschichte vom Kollegium St. Fidelis. PF 173, 6370 Stans. 2 Fr.

«infrarot», Nr. 25, Juni 76. «Junge Linke in Schaffhausen». PF 3136, 8610 Uster. 1 Fr.

«schwarzpeter», die Zeitung der Aktion Strafvollzug: «Kampf gegen die Isolation». Nr. 25, Juni 76. PF 367, 8025 Zürich. 1 Fr.

Die «Leserzeitung» hat in ihrer Nr. 33 (Juni 76) als Schwerpunkt das Thema 200 Jahre USA: «Nur tote Indianer sind gute Indianer». PF 259, 8021 Zürich. 2.50 Fr.

«viva», die Churer Alternativzeitung; Nr. 25 vom Juni 1976 befasst sich mit der 40-Stunden-Woche für die Arbeiter. PF 66, 7002 Chur. 1 Fr.

Ob Schweizer festen können, untersucht die Juni-Nummer von «focus». Eine Präsentation des Cabarets Rotstift während der Kriegszeit bildet einen weiteren Schwerpunkt dieser Nummer. Nr. 75. PF 161, 8038 Zürich. 2.50 Fr.

Das Jugendmagazin «team» geht neben vielen anderen Themen, welche hauptsächlich jugendliche interessieren, das aktuelle Thema der Dienstverweigerer an. Juli 76. «team»-Expedition, 8152 Glattbrugg. 2.50 Fr.

Das «öko-Journal» stellt eine wichtige These zur Debatte: «Prüfstest jeder Kultur – Agrikultur». Umwelt-Verlag, 9450 Altsättli SG. Nr. 2, April 1976. 4 Fr.

«Glerner Zeitung». In ihrer Nr. 10 vom Mai 76 ist der Schwerpunkt «Atomenergie». PF 33, 8755 Ennenda. –50 Fr.

Das Informationsbulletin «Tunisie information» untersucht in Nr. 14 «La question agraire» (Mai 76). PF 69, 1211 Genève. 2.2 Fr.

«Service civil international», Nr. 152, Mai 76: Welchen Zivildienst wollen wir für die achtziger Jahre? PF 695, 2301 La Chaux-de-Fonds (Probenummer verlangen).

heute die Vermögens- bzw. -neuverteilung im privaten wie im zwischenstaatlichen Bereich zu einer Art neuem Grundgesetz erhoben werden soll, müssten wir mehr geben. Aber soweit sind wir nicht.» Arme, aber arbeitsame und glückliche Schweiz.

In der westlichen Presse ist als Thema der «Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (KSZE) in Helsinki immer wieder das Freihandels, Humanitäre hervorgehoben worden. Von wirtschaftlichen Fragen hörte man wenig. Jetzt hat Anfang Juni, das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement die Katze aus dem Sack gelassen – mit einer Broschüre, die Schweizern beim Ausbau ihrer Geschäftsbeziehungen mit osteuropäischen Partnern helfen soll: «Der Geschäftsmann und die KSZE». Das also war das Geschäft der KSZE.

Pressemittelung des Studentenverbandes Schweizerischer Techniker (SST)

Arbeitslose Techniker

Mehr als die Hälfte aller Absolventen der Studienrichtungen «Architektur» und «Vermessungsingenieurwesen» einer Höheren Technischen Lehranstalt/Ingenieurschule konnte nach Abschluss ihres Studiums keine Stelle antreten. Dieses Resultat hat eine Untersuchung des Schweizerischen Technischen Verbandes (STV) – mit seinen 15 000 Mitgliedern die grösste Vereinigung der schweizerischen Ingenieure und Architekten – und des Studentenverbandes Schweizerischer Techniker (SST) ergeben.

Die noch immer anhaltende Rezession trifft die jungen Kaderleute in der Bauindustrie besonders hart. Aber auch in einzelnen Zweigen der Maschinenindustrie sieht die Situation nicht viel besser aus. Beispielsweise sind 35% der Ingenieure der Fachrichtung Feintechnik (Uhrenbranche) ohne Stelle. Am wenigsten wurden die Agraringenieure (mit 4%) und das grafische Gewerbe (mit 0%) von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Nach Regionen unterteilt zeigt sich mit 49% die grösste Arbeitslosigkeit in der Bern und im Jura, während die Städte Zürich und Genf mit 22% unter dem schweizerischen Durchschnitt liegen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die schweizerischen HTL-Ingenieure und -Architekten bei ihrer Stellensuche im Ausland zunehmend auf Schwierigkeiten stossen, da sie immer noch über kein eidgenössisch anerkanntes Diplom verfügen. Der STV und der SST gelangen deshalb einmal mehr an die hierfür zuständigen Instanzen mit dem Ersuchen, den Absolventen der vom Bund anerkannten Höheren Technischen Lehranstalten/Ingenieurschulen endlich ein eidgenössisch anerkanntes Diplom auszuhandeln und ihre Berufsbezeichnung der Entwicklung im Ausland anzupassen. STV/SST

Wie die Schweizerische Lehrerzeitung (SLZ) Lehrerergewerkschaften behandelt

Erinnerungen an den kalten Krieg

Die Zeitung der Ständesorganisation der Lehrer, des Schweizerischen Lehrervereins, ist politisch neutral – jedenfalls in ihrem Selbstverständnis. Faktisch aber zeigt der Chefredaktor Interesse an gewissen Verbindungen mit stockreaktionären Kreisen wie das Schweizerische Ostinstitut. Wenn es darum geht, Anliegen des Lehrervereins gegen die der «Konkurrenz», der linken Lehrerergewerkschaften abzugrenzen, scheut sich die Lehrerzeitung auch nicht, einen sozialistischen Klassiker – hier Lenin – so zurechtzubiegen, dass auf emotional-diffamierende Weise zum Feind der Demokratie gestempelt wird, wer sich nicht zum Feind Lenins (stellvertretend für andere sozialistische Autoren) erklärt.

In der Ausgabe vom 4. März 1976 druckt die «Schweizerische Lehrerzeitung» (SLZ), das Organ des Schweizerischen Lehrervereins, unter dem Titel «Politisierung eines Tages» eine Diskussion zwischen verschiedenen Lehrerergewerkschaften aus dem «focus» ab. Wohl um die eigene Ständesorganisation von den linken Gewerkschaften abzuhängen und um diese in den Bereich von aus Moskau «gesteuerten» Links-extremisten abzuschieben, erscheint völlig unvermittelt und kommentarlos ein Lenin zugeschriebenes Zitat.

Revolutionsstrategien für «Taubstumme» und «Blinde»

Als Ergebnis meiner Beobachtungen während der Jahre meines Exils muss ich feststellen, dass die sogenannten kulturellen Führungsgeschichten Westeuropas und Amerikas einfach unfähig sind, die gegenwärtige politische Lage und die tatsächlichen Machtverhältnisse richtig zu beurteilen. Diese Führungssicht ist stumm und taub (taubstumm), und unser Verhalten ihr gegenüber sollte auf dieser Voraussetzung beruhen.

Revolution entwickelt sich niemals in einer geraden Linie oder in einem ununterbrochenen Entwicklungsprozess. Sie bildet eine Folge von Sprüngen nach vorn und zurück, eine Serie von Angriffen und Phasen der Beschäftigung. In dieser Periode wächst die Stärke der Revolution und bereitet den Endsieg vor. Es handelt sich um einen langwierigen Prozess, den die sozialistische Revolution durchmachen muss. Daher ist es notwendig, auf bestimmte Manöver zurückzugreifen, die das Tempo unseres Sieges beschleunigen können:

a) Um die «Taubstummen» zu beschleunigen, müssen wir erklären, dass eine Trennung (fiktiv) zwischen unserer Regierung und den Regierungsorganen einerseits und der Partei, dem Politbüro und der Komiteen andererseits besteht. Das letztere muss besonders hervorgehoben werden, nämlich dass es auf dem Gebiet der UdSSR unabhängige politische Gruppierungen gibt. Die «Taubstummen» werden uns das glauben!

b) Wir müssen unseren Wunsch zum Ausdruck bringen, so bald wie möglich Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern aufzunehmen, und zwar auf der Grundlage der absoluten Nichtmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Die «Taubstummen» werden uns auch das glauben!

Sie werden entsetzt sein und werden uns die Türen öffnen. Durch diese Türen werden wir so schnell wie möglich die Emissäre der Komiteen und der Partei schleusen, und zwar unter dem Deckmantel diplomatischer, kultureller und wirtschaftlicher Vertreter.

Die Wahrheit sagen ist ein bourgeois Vorurteil. Eine Lüge wird durch das zu verfolgende Ziel gerechtfertigt. Die Kapitalisten und ihre Regierungen werden gegenüber unseren Aktivitäten die Augen verschließen. Auf diese Weise werden sie nicht nur taubstumm, sondern auch noch blind werden. Sie werden uns Kredite zur Verfügung stellen, die uns dazu dienen werden, die kommunistischen Parteien in ihren Ländern zu unterstützen. Sie werden uns das Material liefern, das uns fehlt. Sie werden unsere Rüstungsindustrie wieder aufbauen, die wir brauchen für unsere zukünftigen streitbaren Angriffe auf unsere «Versorger». Mit anderen Worten: Sie werden sich anstrengen, um ihren eigenen Untergang vorzubereiten!

Lenin an Tschischerin, 1921

Laut Lehrerzeitung soll Lenin diese «Revolutionsstrategien für «Taubstumme» und «Blinde» (SLZ) 1921 an den sowjetischen Ausserminister Tschischerin geschrieben haben. Leider hat die Lehrerzeitung vergessen, dieses Lenin-Zitat mit einer Quellenangabe zu versehen. Auf Anfrage erklärte der SLZ-Chefredaktor, Leonhard Jost, die verlangte Präzisierung nicht liefern zu können, da er die Unterlagen zum Artikel mit dem Zitat «verloren» habe. Auf weiteres Drängen hin bringt er als «Quelle» einen Artikel aus der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift (ASMZ), dem Blatt der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, bei. Dort macht unter dem Titel «Kapitultät der Westen» der ASMZ-Chefredaktor, Divisionär Ernst Wetter, Public-Relations für die «Internationale Studiengesellschaft für Politik» (ISP). Wetter war damals Präsident dieser vom Deutschen Karl Friedrich Grau betriebenen antikomunistischen Kampforgansisation. Im ASMZ-Artikel schreibt er aus einem ISP-Pamphlet («Wohlstand statt Sicherheit und Freiheit?»): «Kernstütze: Wiederum das Lenin zugeschriebene Zitat.

Die Verbreitung des «Zitats»

Dasselbe «Zitat» finden wir übrigens auch leicht «bearbeitet» in einem Trumpf-Buur-Inserat aus dem Mai 1974. Alt-FDP-Nationalrat Robert Eibel schreibt dort: «Heutzutage gibt es in Europa Spitzenpolitiker, die nicht glauben wollen, was bei Lenin schwarz auf weiss geschrieben steht. So zum Beispiel, wenn er sich in einem Memorandum (bei der Lehrerzeitung war es noch ein Brief an Tschischerin, Ann. AGM) zur Strategie der UdSSR im Frieden äussert. (...) Einen verheerenden Kommentar als dieses Lenin-Zitat kann man zu der Ostpolitik der Herren Willy Brandt und Walter Scheel überhaupt nicht schreiben.» Einen genauen Verweis, wo und wann genau Lenin diese Sätze geschrieben haben soll, und vor allem in welchem Buch oder in welchem Band der Werke Lenins man sie nachlesen und nachprüfen kann, gibt auch Eibel nicht. Erst auf Anfrage liefert er als «Beleg» das «Flugblatt Nr. 16» (Titel: «Wusstes Sie das schon?») der «Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit», Altenbrück, BRD. Unter Berufung auf «eine Veröffentlichung des Londoner Instituts für Konfliktforschung (ISC)» wird wie-



derum der ganze Lenin angestaltete Text abgedruckt. Aber auch diese «Studiengesellschaft» kann die Echtheit des Zitats nicht belegen.

In einem regelrechten Informations-Inzess schreiben sich Lehrerzeitung, ASMZ, Trumpf Buur und die verschiedenen «Studiengesellschaften» vermeintlich authentische Zitate ab, ohne sich um die Echtheit der von ihnen verbreiteten Informationen zu kümmern. In den gesammelten Werken Lenins, die immerhin 40 dicke Bände ausmachen existiert jedenfalls weder ein Brief Lenins an Tschischerin noch ein Memorandum, noch sonst irgendein Text, der unserem Zitat auch nur ähneln würde. Muss man deshalb den Text, der überall im Westen als «Beweis» für die Verlogenheit der sowjetischen Entspannungspolitik verwendet wird, rundweg als platt Fälschung bezeichnen?

Die abenteuerliche Geschichte des Yuri P.

Zum ersten Mal ist das Zitat im Jahre 1961 (fast 40 Jahre nach Lenins Tod) in der stramm antikomunistischen Exilrussen-Zeitschrift «Novyj Zhurnal» aufgetaucht. Dort berichtet ein Yuri P. Annenkov eine gar abenteuerliche Geschichte. Er sei drei Wochen nach Lenins Tod im Lenininstitut in Moskau auf Besuch gewesen, angeblich um Photomaterial über Lenin zu suchen. Nach seiner Beschreibung fand Annenkov dort unter anderem auch einen kleinen Zettel, von dem er glaubte, es sei Lenins Handschrift. Annenkov schrieb diese «fragmentarischen Notizen», die nun später zu einem Brief an Tschischerin oder gar zu einem Memorandum wurden, in seine Agenda ab. In den späten 50er Jahren erinnerte sich nun Annenkov plötzlich wieder an den Text in seinem Notizbuch. Er versuchte,

Ost-Institut-Sager in seinem Brief an die «Schweizerische Lehrerzeitung» (SLZ): «Was gelegentliche Beiträge unsererseits für die SLZ betrifft, so wäre es vermutlich günstiger, wenn Sie uns (nicht allzu oft) einen Themenwunsch angeben könnten, den wir dann nach Massgabe unserer zeitlichen Möglichkeiten gerne bearbeiten würden.» Merke: Im SLZ-Artikel um Lenin-Zitat herum betont der Lehrerverein seine gegenüber den linken Gewerkschaften politisch neutrale Haltung.

damit bei verschiedenen Zeitungen anzukommen. Diese lehnten jedoch ab, weil er natürlich die Echtheit seiner Agentennotiz nicht beweisen konnte. Erst beim erwähnten Exil-Russen-Blatt verfiel Annenkovs erstaunliche Logik: Er betrachtet seinen Text so lange als echt, bis die Sowjets beweisen, dass er nicht echt ist...

Der Zweck heiligt die Mittel

Auch unsere Schweizer Bekannten haben ihre eigenen, interessanten Wahrheitsvorstellungen. Peter Sager vom Schweizerischen Ostinstitut, von der Lehrerzeitung in Sachen Lenin-Zitat um Schützenhilfe angegangen, antwortete: «Meines Wissens ist dieses Zitat erstmals 1975 in Grossbritannien aufgetaucht. (Holzweg, Herr Sager! 1961 in New York war's AGM). Es ist nicht ausgeschlossen, dass es sich um eine spätere Entdeckung eines Briefes von Lenin handelt. Sicher ist, dass dieser Text in keiner der bisher fünf Auflagen

Ansichten einer Bank

Damit Sie wissen, was Sie lesen

Jede Woche beliefert die renommierte Bank Julius Bär & Co. ihre Kunden mit neue Information, den «Wochenberichten». Meist zwar über Themen, die für Banken von Interesse sind, von Zeit zu Zeit aber auch über Studenten...

Nachdruck, auch auszugsweise, gestattet nur unter dem Hinweis «Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär & Co. AG».

Einseltige Linkstendenz

Im politischen Gehalt ist «das Konzept» links bis ultralinks. Wer es orientierungshalber einige Zeit verfolgt hat, darf sicherlich folgendes festhalten: Im innenpolitischen Bereich wird die Zeitungszeitung, Haus- und Fabrikbesetzungen, natürlich auch die Besetzung eines Baugebietes, auf welchem ein Atomkraftwerk entstehen soll, Lohnforderungen, Erhöhungen von Sozialleistungen werden jederzeit befürwortet. Wer die Rechnung schliesslich begleichen soll, interessiert «das Konzept» nicht, zumal es sich wirtschaftlich und unternehmungsfreudig gibt. Im aussenpolitischen Bereich wird eine analoge Linie eingehalten. Chile, Griechenland, Portugal sind wieder «reaktionär» geworden. Die Kommunisten in Angola, Nordvietnam, Kuba oder in der zwischen Algerien und Marokko agierenden sogenannten Polisario-Front dagegen sind die Träger von Freiheit und Fortschritt. In einem langen Leitartikel werden kürzlich die roten Errungenschaften in dem von einer Volksfront aus Kommunisten und Sozialisten regierten Bologna gepriesen. Keine Nummer ohne irgendeine Hetze gegen die USA, andererseits aber ist die UdSSR so gut wie tabu.

Die Konstellation an der Universität Zürich

...Aber auch so hat das Ergebnis dieser Abstimmung (der Urabstimmung über «das Konzept», Red) einiges Aufsehen erregt. Von einigen der Befürworter wurde zwar erklärt, dass sie nicht selbst zur Ultralinken gehörten. Sie liessen die Zeitung, um Informationen zu erhalten, die sich in der Presse nicht finden und um andere als die eigenen politischen Standpunkte kennenzulernen. Ob dies als Erklärung hingenommen werden kann,

Kleine Sexualhygiene

Scheidenpflege

Die Scheide ist ein nasser, widerstandsfähiger Schlauch, welcher mit Schleimhaut ausgekleidet ist. Diese Haut wächst fortwährend nach, wobei die alte Haut wie eine alte Tapete ins Innere der Scheide fällt. Der gereinigte Zucker der abgestorbenen Hautzellen wird dort zu Milchsäure vergoren.

Der Inhalt der gesunden Scheide ist sauer. Er kann mit der Finger kontrolliert werden und riecht und schmeckt säuerlich. Ein wenig weisslicher, krümeliger Ausfluss, d. h. eine kleine, weissliche Spur in den Höschen, ist normal. Falls die Höschen mehrmals täglich gewechselt werden müssen oder gar eine Vorlage notwendig wird, so handelt es sich meist um einen krankhaften Ausfluss.

Richtlinien:

1. Die Milchsäure schützt die Scheide gegen Bakterien- und Pilzinfekt. Die Scheide soll daher ausgewaschen und gespült werden, besonders nicht mit Seife. Einzige Pflege: Waschen der Schamlippen und des Scheideneinganges mit Wasser.
2. Der Speichel enthält viele Bakterien und auch Verdauungsfermente, was zu einer Scheidenentzündung führen kann. Bei weiterkehrenden Scheidenentzündungen sollte daher wenn möglich auf Kontakt mit Speichel verzichtet werden.
3. Nur Liebe machen bei Erregung. Dann ist die Scheide von zwei Drüsen, welche beim Scheideneingang liegen und Schleim produzieren, geschmiert, der Scheideneingang ist nass. Eine trockene Scheide wird durch das Glied aufgeschneuert und verletzt und neigt dann zur Entzündung. Das schmerzhaftes Verhalten ohne wirkliche Lust und aus Rücksicht auf den Mann ist auch psychisch gefährlich, wirkt liebestörend und führt zu Frigidität.
4. Tampons nie gegen Ausfluss einsetzen, da dann die Scheide noch mehr gereizt wird. Tampons während der Periode nur dann ver-

der gesamten Werke Lenins figuriert. (...) In unserer eigenen Arbeit halten wir folgende Linie ein. Wir betrachten Lenin-Zitate aus den sowjetischen Gesamtausgaben und Einzelwerken als gesichert. Texte, die dort nicht aufgenommen sind, betrachten wir so lange als apokryph (unecht, fälschlich jemandem zugeschrieben: AGM), als die Handschrift nicht zugänglich ist und keine Veröffentlichung vor dem Ableben Lenins im Jahre 1924 nachweisbar ist. Vielleicht ist der Ausdruck «apokryph» etwas zu hart; persönlich bin ich der Ansicht, dass einige der Lenin angestalteten, aber nicht nachweisbaren Texte durchaus echt sind. Das gilt besonders auch für die Auszüge aus dem Brief an Tschischerin.

Mit andern Worten: Was ganz offensichtlich nicht ist, wird plötzlich echt, sobald es nur in den antikomunistischen Kram dieser Herren passt. Das vermutlich gefälschte Zitat wird von Rechtskreisen verbreitet, obschon auch ihre eigenen kompetenten Stellen dessen wahrscheinliche Unechtheit bestätigen müssen. Doch der Zweck, der Antikomunismus, heiligt die Mittel. Wie zitieren? Diese Leute Lenin auch schon wieder? «Eine Lüge wird durch das zu verfolgende Ziel gerechtfertigt.»

Arbeitsgruppe Medienkritik

mag offenbleiben. Man bedenke insbesondere den fragwürdigen objektiven Wert der vermittelten Informationen. An sich wäre zu wünschen, dass sich angehende Wissenschaftler vom äusserst einseitigen, hetzerischen Inhalt der meisten «Konzept»-Artikel abgestossen fühlen sollten; denn wissenschaftlicher Geist, das heisst vorsichtig abwägende Sachlichkeit sowie Gründlichkeit im Interesse der Wahrheitsfindung, gehört nicht zu den Anliegen des «Konzept».

Einige meinen, die «Konzept»-Redaktion werde diese Kritik bekehren; denn sie sei wegen der prekären Finanzlage dieser Zeitung an einem Ausgleich interessiert, könne den Grossteil der Zwangsabonnenten nicht ständig vor den Kopf stossen, müsse auch vermehrt freiwillige Abonnenten gewinnen und überhaupt guten Willen in der Leserschaft schaffen.

Wer die Natur politischer Eiferer betrachtet, wird jedoch schwerlich einen solchen Gesinnungswandel in der «Konzept»-Redaktion annehmen können.

Auch die Redaktion «das Konzept» ist für «vorsichtig abwägende Sachlichkeit sowie Gründlichkeit im Interesse der Wahrheitsfindung...» sowie für echte Diskussion.

Mit freundlichen Grüssen

Ihre politischen Eiferer vom «Konzept»

Die «Wochenberichte» haben sich schon im November 1974 mit dem Studenten befasst. Zu beziehen ist der Redaktion.

wenden, wenn keine Scheidenreizung besteht.

5. Zu enge Hosen, welche im Schlitze liegen, können ebenfalls zu einer Entzündung des Scheideneinganges führen.

Merke: In die Scheide gehört nichts ausser dem Glied oder heiklosenden Fingern. Mache nur Liebe, wenn Du nass bist. Einzige Scheidenpflege: Waschen der Schamlippen mit Wasser. Falls die Samenflüssigkeit reizt, kann sie evtl. mit Wasser schonend ausgewaschen werden.

Gliedpflege

Das männliche Glied wird ein- bis zweimal täglich mit Wasser und Fingern sauber gemacht. Dabei wird die Vorhaut zurückgezogen und jedes Fältchen entfaltet. Nach dem Geschlechtsverkehr sei eine solche Waschung und Wasserleeren zum Ausspülen der Harnröhre empfohlen. Diese Empfehlung gilt vor allem auch bei häufigen, wiederkehrenden Harnröhrenentzündungen.

Bei einer Schwangerschaft

geht es immer um Leben; aber nicht nur um das vielbeschworene ungeborene, es geht **zuerst** um das Leben der betroffenen Frau. «das Konzept» hat zusammen mit der «intra» Zürich sein Merkblatt für Frauen, die Information betreffend Empfängnisverhütung und Schwangerschaft brauchen, erarbeitet und **adressiert auf den neuesten Stand gebracht. Schriftliche Anfragen für Pillenlisten und auch in aussichtsloseren Fällen sind zu richten an: «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Couvert bleibt nicht vergesst!**



Des öfteren erfahren Angelegenheiten, über die wir in früheren «Konzept»-Nummern ausführlich und fundiert berichtet haben, eine neue, aktuelle Wendung, beispielsweise durch den Ausgang eines Prozesses. Unter der Rubrik «Hintergründe» bringen wir in solchen Fällen nur noch einen kurzen Bericht über die neueste Entwicklung und verweisen im übrigen auf die jeweilige «Konzept»-Nummer, in welcher die umfassende und detaillierte Darstellung des Falles nachgelesen werden kann. Ebenfalls «Hintergrund-Information» zu einer aktuellen Meldung.

Jede Nummer kann gegen Fr. 1.50 in Briefmarken bei der Redaktion «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich, nachbestellt werden.

Nestlé-Prozess

Ein breites Interesse hat der sogenannte Nestlé-Prozess bei der internationalen Bevölkerung gefunden. Der Prozess gegen die «Arbeitsgruppe 3. Welt» und gegen «das Konzept» wurde zum Prozess gegen Nestlé. Das Hintergrundmaterial kann nachbestellt werden: «Die sanften Killer», «das Konzept» Nr. 8/74. Die deutsche Übersetzung der Broschüre «War on Want» bei der AG3W, Postfach 1007, 3001 Bern, gegen Fr. 3.50 Fr. in Briefmarken.

Hoffroche – Adams

Stanley Adams war der Angestellte von Hoffmann-La Roche, der 1974 der Brüsseler Behörde Verstösse gegen die Wettbewerbsordnung der Europäischen Gemeinschaft (EG) meldete. In der Schweiz wurde er Ende 1974 strafrechtlich verfolgt, wegen Verrats von Geschäftsgeheimnissen und wirtschaftlichem Nachrichtendienst zugunsten des Auslands.

Die von Adams enthaltene Tatbestände bilden Gegenstand eines anderen Verfahrens, welches die EG-Kommission unabhängig von den Umständen ihrer Entdeckung nach dem EG-Wettbewerbsrecht ahndete. Für Brüssel lag ein «eindeutiger Missbrauch der Marktstellung» durch Hoffroche vor. Hoffroche hatte mit 23 Vitaminkunden «Treueabkommen» abgeschlossen. Der Chemie-Multi war dabei mit rund 1 Mio. Fr. befristet. Hoffroche hat dagegen beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg rekurriert.

In der Schweiz gab vor allem Adams' Verhaftung zu reden. Die TV-Sendung «Kassensturz» berichtete im September 75 über Adams und die Hoffroche-Affäre. Der Chemie-Multi reagierte mit einer Beschwerde an den Bundesrat wegen unobjektiver Berichterstattung. Die Beschwerde wurde an die SRG weitergeleitet und dort in den Hauptknoten zurückgewiesen.

Auszüge aus der Hoffroche-Beschwerde und der «Kassensturz»-Sendung sowie eine Chronologie der Ereignisse in «das Konzept», Nr. 10, Okt. 75.

Japan, Smon und Ciba-Geigy

bs. Im Prozess um die Verantwortung für die Smon-Erkrankungen in Japan haben drei Pharma-Konzerne, darunter Ciba-Geigy, im Juni einen Vergleich und eine Entschädigung angeboten. Es ging um den Tod von über 1000 Menschen und die Schädigung von weiteren 30'000 im Zusammenhang mit dem Medikament Chinoform.

Ciba-Geigy versucht nun, die für sie peinliche Angelegenheit zu bagatelisieren. So verbreitete sie in verschiedenen Presseverlautbarungen die Meinung, es handele sich um eine japanische Affäre. Der Chemie-Multi reagierte mit einer Beschwerde an den Bundesrat wegen unobjektiver Berichterstattung. Die Beschwerde wurde an die SRG weitergeleitet und dort in den Hauptknoten zurückgewiesen.

Dass Ciba-Geigy offenbar nicht gewillt ist, aus diesem Pharma-Skandal ihre Lehren zu ziehen, ist daran ersichtlich, dass sie eben jetzt eine neue Werbekampagne angekündigt hat, welche Mittel wie *Mexafon* und *Entero-Vioform* anpreist, die ebenfalls Chinoform enthalten. Smon, so Ciba-Geigy, sei ausserhalb von Japan kein Problem. Dabei hat es in Europa schon in den 60er Jahren Fälle von Erblindungen gegeben, die von Neurologen und Augenärzten auf Chinoform zurückgeführt wurden. In Schweden kamen die Chinoformpräparate 1970 auf die schwarze Liste. In den USA wurden bei etwa 400 Personen schwere Augenschäden festgestellt und daraufhin einige Formen des Medikaments aus dem Handel gezogen.

Immerhin sieht sich Ciba-Geigy jetzt veranlasst, die Anwendungsanweisung auf dem Wochenblatt streng zu implemen. Da aber die Mittel weiterhin rezeptfrei bleiben, ist diese Sicherheitsvorkehrung nicht unter Kontrolle.

Die ausführliche Beschreibung dieses Arzneimittelfalles bis zum Beginn des Prozesses findet sich im «Konzept» Mai 1976 (5/76) unter dem Titel «Absatz gestiegen – Patient gestorben».

«das konzept»-Interview mit Prof. Richard Bäumlin

Das Denken nicht aufsplittern!

Die Hochschulkommission des Kantons Zürich hat in ihrem Entscheid gegen «das konzept» gefordert, dass vermehrt Bildungspolitik behandelt werde. Der Entwurf zu einem neuen Hörsaalreglement an der Universität Bern sieht quasi nur noch Bewilligungen für bildungspolitische Anlässe vor. Offensichtlich soll also die Universität von allgemeiner Politik freigehalten werden.

«das konzept»: Herr Professor Dr. Richard Bäumlin, Sie sind Staatsrechtler. Lassen sich Ihrer Ansicht nach Bildung- und Allgemeinpolitik wirklich so genau trennen?

Bäumlin: Zuerst eine Vorbemerkung: Ich kenne die Motivationen der Hochschulkommission des Kantons Zürich nicht im einzelnen. Deshalb kann ich nicht zu dem Entscheid der HK Stellung nehmen. Meine Aussagen sind also mehr allgemeiner Natur.

Zur ersten Frage würde ich meinen, dass eine scharfe Trennung in Bildungspolitik und andere Bereiche der Politik selbstverständlich zum vornherein unmöglich sei. Dies kann man wie folgt begründen: alle Bildungsstätten sind gleichzeitig Stätten der Sozialisation. Es geht immer darum, die gesellschaftlich als richtig anerkannten Wertvorstellungen und Fertigkeiten zu vermitteln. Also das, was eine bestimmte Gesellschaft als wichtig erachtet. Schon daraus kann ich nicht zu dem Entscheid der HK Stellung nehmen. Meine Aussagen sind also mehr allgemeiner Natur.

Zur ersten Frage würde ich meinen, dass eine scharfe Trennung in Bildungspolitik und andere Bereiche der Politik selbstverständlich zum vornherein unmöglich sei. Dies kann man wie folgt begründen: alle Bildungsstätten sind gleichzeitig Stätten der Sozialisation. Es geht immer darum, die gesellschaftlich als richtig anerkannten Wertvorstellungen und Fertigkeiten zu vermitteln. Also das, was eine bestimmte Gesellschaft als wichtig erachtet. Schon daraus kann ich nicht zu dem Entscheid der HK Stellung nehmen. Meine Aussagen sind also mehr allgemeiner Natur.

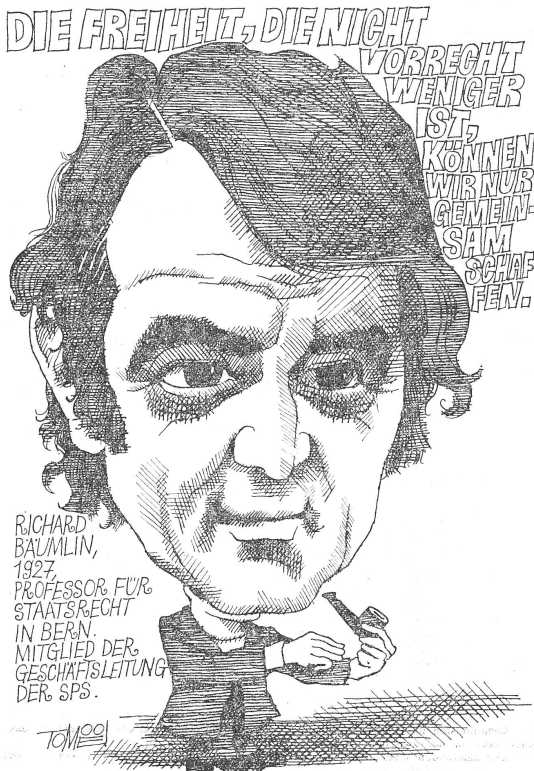
Wissenschaft und Politik

k: Ihre Aussagen widersprechen der weitverbreiteten Meinung, dass Wissenschaft und Politik zwei ganz verschiedene Sachen sind und dass man dies ganz klar trennen muss.

B: Ich weiss, dass diese Meinung stark verbreitet ist. Und trotzdem ist sie falsch. Sie mag oft in guten Tönen vertreten werden. Dennoch verhält es sich so, dass jede Wissenschaft gewollt oder ungewollt, bewusst oder unbewusst politisch relevant wird, sich politisch auswirkt. Natürlich gilt das nicht für alle Wissenschaften im gleichen Sinn. Bei den Naturwissenschaften möchte ich nur auf die gesellschaftlichen Folgen von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen hinweisen. Die Naturwissenschaften haben sehr wesentlich dazu beigetragen, unsere Umwelt zu verändern. Schon die Frage nach der Auswahl von Schwerpunkten bei der Forschung hat höchste politische Bedeutung. Soll vor allem Kernenergieforschung betrieben werden, oder soll man andere Energieformen fördern?

Politisch bedingt und relevant ist auch das, was in den Wissenschaften nicht gemacht wird. Forschungen, die nicht unternommen werden, zum Beispiel die Erforschung der Arbeitsbedingungen,

den. Die Studenten sollen nur noch über Bildung reden. Diskussionen über Inhalte dieser Bildung wären dann – weil politisch – verpönt. Die Stossrichtung eines solchen Vorgehens dürfte klar sein. Vor allem auch deshalb, weil das Vorgehen selber ein politischer Akt ist – bestenfalls ein bildungspolitischer im Dienste einer ganz bestimmten Gesellschaftspolitik.



der Verstärkerfolgen. Welches sind die gesellschaftlichen Interessen, die es vereiteln, dass wir hier mehr erfahren?

... zwei Seiten einer Sache

Die Wirklichkeit der Gegenwartsgesellschaft und ihr Wandel werden wesentlich durch die wissenschaftliche Produktion von Wissen und Technologien – auch Sozialtechnologien! – bestimmt. Damit wird auch die Universität zu einem Politikum ersten Ranges, wie sehr das immer bestritten werden mag. Sei es aus fehlendem Bewusstsein des Wissenschaftlers über die unüberspringbare gesellschaftliche Bedeutung seines

Tuns, sei es, um unter dem Schleier «unpolitischer Objektivität» eine ganz bestimmte Option des Wissenschaftsbetriebes gegen Fragestellung und politische Kritik zu immunisieren.

Besonders klar wird die politische Funktion der Wissenschaften im Bereich aller Sozialwissenschaften, mit Einschluss der Rechtswissenschaften. Da werden die Wissenschaften mit zur Befestigung oder zur Fortentwicklung von gesellschaftlichen Leitvorstellungen, die entweder stabilisiert oder kritisch verändert werden können. Man kann sagen, dass gerade auch die Sozialwissenschaften dazu beitragen, unsere soziale Umwelt, wie sie ist, zu konstituieren. Dies ist unausweichlich, und deshalb gebietet die Wissenschaftlichkeit, dass diese Zusammenhänge gesehen werden. Jeder einzelne sollte sich Rechenschaft geben über die Voraussetzungen, von denen er ausgeht. Nur wenn er die politischen Implikationen mit einbezieht, gerät er weniger in die Gefahr, in Vorurteile zu geraten und eifertig zu urteilen.

k: Besteht in der strikten Unterscheidung zwischen allgemeiner und bildungspolitischen Positionen nicht auch eine gewisse Gefahr? Diese Parzellierung des Denkens muss doch Notgedrungen zu einer politischen Schizophrenie führen, wenn verweigert wird, gesamtartige Überlegungen anzustellen?

B: Ja sicher. Man muss leider von einer Tendenz in unserer Gesellschaft Kenntnis nehmen, die diese Aufspaltung

konservierender Eintopf vorgestellt. Darf man daraus nicht schliessen, dass Studentenzeiten im Sinne einer Korrektur ebenso einseitig berichten und Alternativen zur Diskussion stellen dürfen?

B: Einseitige Stellungnahmen sind immer mit Fragwürdigkeiten verbunden. Wünschbar ist eine pluralistische Diskussion. Wenn studentische Zeitungen zu sehr einseitig sind, ist das nicht zu letzt darauf zurückzuführen, dass sie bestimmte Gesichtspunkte ins Spiel bringen, die oft allgemein und insbesondere an Universitäten zu kurz kommen.

An den Universitäten wird zum Beispiel vorwiegend eine Nationalökonomie und Wirtschaftspolitik gelehrt, die den traditionellen Wert- und Zielvorstellungen sehr generell folgt und irreführend den grossen Gefahr ausgesetzt ist, höchst einseitig zu sein. Einen korrigierenden Beitrag von Studentenzeiten würde ich vor allem darin annehmen, wenn nicht einfach Gegenpolemik getrieben wird, sondern Informationen verbreitet werden, die im üblichen Lehrbetrieb nicht geboten werden, zum Beispiel Informationen über Machtverhältnisse in der Wirtschaft, über die Realität im Arbeitsleben und dergleichen mehr. So können solche Zeitungen sehr wohl zum offiziellen Studium beitragen. Dies soll nun allerdings nicht als Freipass für eine Einseitigkeit verstanden werden. Vielmehr wäre zu wünschen, dass beide Seiten pluralistischer würden.

Zwangskörperschaft

k: Die Gegner studentischer Politik machen meistens geltend, dass sie wegen der obligatorischen Mittelschicht durch einseitige Äusserungen in den Studentenzeiten vergewaltigt werden.

B: Das Argument der Vergewaltigung verstehe ich nicht recht. Ich frage mich, ob sich einer, der in einer Studentenzeitschrift etwas liest, mit dem er nicht übereinstimmt, schon mit Fug und Recht behaupten kann, er sei vergewaltigt. Entscheidend ist für mich die Überlegung, dass er sich nicht mit dem Geschriebenen identifizieren muss. Er ist durchaus frei, eine andere Meinung zu haben. Und kein vernünftiger Mensch wird all das, was in diesen Zeitungen steht, denen anlasten, die es nicht geschrieben haben. Zum Beispiel ist auch eine politische Gemeinde eine Zwangskörperschaft und ihrer Aufgabe gemäss politisch wirksam. Was Selbstverständnis nicht heisst, sie dürfe beliebige politische Tätigkeiten entfalten.

... eine Machtfrage?

k: Sehen Sie Lösungen für die angegriffenen Studentenschaften, die für eine politische Universität einstehen und deshalb gegen Angriffe zu kämpfen haben?

B: In diesem Zusammenhang muss ich bemerken, dass entscheidende Fragen leider am Schluss nicht Erkenntnisfragen sind, sondern Machtfragen. Oft ist es so, dass bestimmte Machtinteressen, unter anderem wirtschaftlicher Art, bestimmte Erkenntnisvorgänge nicht wollen und deshalb dazu neigen, sie wirksam zu unterbinden.

Wir können die Studenten nun tun, was kann von studentischer Seite aus gemacht werden? Die Möglichkeiten

Politik im Alltag

Neben «rein wissenschaftlichen» Publikationen machte Richard Bäumlin unter anderem auch eine Sendereihe für das Schweizer Radio. «Politik im Alltag» hiess der Titel der Sendung, die im Laufe des Jahres 1974 ausgestrahlt wurde. Auf vielseitigen Wunsch erschien sie dann auch im Druck, nämlich im Basler Z-Vorlag. Das achtseitige Büchlein ist im Buchhandel erhältlich. Es ist in einer einfachen, klar verständlichen Sprache geschrieben und geht auf alltägliche gesellschaftliche Probleme ein. Es ist kein theoretisches, aber auch kein akademisches Geschreibsel. Vielmehr wird anhand von realistischen Beispielen versucht, den Schweizer Werktag politisch zu erfassen.

sind beschränkt. Aber immerhin sei folgendes gesagt: Wenn auf der Seite der Studenten mehr Pluralismus praktiziert würde, hätte es die Gegenseite schwerer, auf ihrem Monismus zu beharren. Ein Monismus, der sich zwar Pluralismus nennt, aber kein wirklicher Pluralismus ist, weil er die Diskussion wirklicher Alternativen erschwert.

Wenig Pluralismus

k: Wie schätzen Sie den Pluralismus an den Schweizer Universitäten ein?

B: Mit dem Pluralismus an unseren Fakultäten ist es nicht weit her. Ich würde ganz bestimmt meinen, dass ein sozialistischer Dozent unter den gegebenen Umständen seinen Posten behalten kann, aber dass ein pointierter sozialistischer Dozent – auch wenn man ihm Dogmatismus nicht vorwerfen kann und man die wissenschaftliche Qualifikation anerkennen muss – heute keine Chance hat, eine ordentliche Professur an einer sozialwissenschaftlichen Fakultät zu bekommen. Hier werden die recht liberalen, freiheitlichen Ansprüche – etwa im Sinne eines John Stuart Mill – wenig ernst genommen.

k: Herr Bäumlin, wir danken für das aufschlussreiche Gespräch.

Interview Ernst Schneider, VSS

Neues Stipendengesetz im Kanton Bern

Verbessertes Flickwerk?

Wer Berns Tageszeitung «Der Bund» glauben wollte, konnte meinen, der Grosse Rat habe in voller Unkenntnis dem Fortschritt Einlass in die Ratsschule gewährt: «... stimmt es nachdenklich, dass sich der Grosse Rat über die finanziellen Auswirkungen seiner Beschlüsse offenbar wenig Rechenschaft gab... Die Gefahr, dass damit die Schleusen endgültig geöffnet werden, ist gross, und das Parlament wird sich genau überlegen müssen, ob es eine Ausweitung des Stipendengesetzes um jeden Preis, selbst um den einer leeren Staatskasse, anstreben will.» Was die erste Lesung des bernischen Stipendengesetzes wirklich brachte, ist allerdings keineswegs zu erörtern, wie man es nach diesen Zeilen denken könnte.

Die Anträge der Kommission, die gegenüber dem von extremer Sparpolitik gekennzeichneten regierungsrätlichen Entwurf einige punktuelle Verbesserungen bringen, wurden zwar mehrheitlich angenommen – das Gesetz bleibt aber ein Flickwerk, das den Postulaten nach Recht auf Bildung und Chancengleichheit nicht genügen kann. Das wesentlich Neue besteht darin, dass man es in Zukunft mit einem Spezialgesetz zu tun haben wird; die heutige Stipendienverordnung hingegen ist noch auf acht verschiedene Gesetzesartikel abgestützt. Sonst aber wurde der unbefriedigende Status quo mit einigen kleinen Verbesserungen beibehalten.

Fortschritte fraglich

Die jetzt in erster Lesung beschlossenen Änderungen bestehen zur Hauptsache darin, dass berufsabklärende Ausbildung bis zu 12 Monaten Dauer in die Beitragsberechnung einbezogen wird. Darlehen auch an niedergelassene Ausländer gewährt werden sollen, ein Fonds für Härtefälle geschaffen wird, der nötigenfalls aus allgemeinen Staatsmitteln gespeist wird, grosse Familie besser berücksichtigt werden sollen und eine Rekurskommission eingesetzt wird, die Einsprachenentscheidungen der ED überprüft. Selbst diese kleinen Fortschritte stehen aber noch keineswegs fest, gehen sie doch dem Grossteil des im Rat dominierenden SVP/FDP-Blocks zu weit. (Die rückschrittlichen – jetzt noch abgelehnten – Anträge aus diesen Reihen sagen genug aus: ein FDP-Vertreter forderte beispielsweise eine generelle Rückzahlung der Stipendien zu 50%, in der Kommission verlangte die SVP, dass alle, die «nicht recht tun» von der Beitragsberechnung ausgeschlossen bleiben...) Endgültig Aufschluss darüber wird erst die zweite Lesung im Herbst geben, wobei Rückzieher aber so gut wie sicher sind. So kam der Entscheid, Darlehen auch niedergelassenen Ausländern zu gewähren, nur dank einem Abstimmungsirrtum der NA zustande; ein zweites Mal werden sie sich wohl nicht mehr irren...

Dass die Forderungen der Studentenschaften einem solchen Entscheid einmal ernsthaft diskutiert wurden, ist zwar traurig, aber nicht erstaunlich. Von Seiten der SP und der POCH wurden in der Kommission und in der ersten Ratssitzung zwar die meisten dieser Vorschläge wieder aufgenommen, von bürgerlicher Seite aber einmütig abgelehnt. Nach der ersten Lesung verabschiedete der Studenterrat (auch mit Stimmen der Opposition) eine Resolution zuhanden der grossrätlichen Kommission, in der die Forderungen nochmals klar aufgezichnet wurden. Fazit: eine Diskussion dieser Punkte wurde von der Kommission nicht für nötig empfunden, vielmehr einigte man sich darauf, dass es den Studenten offenbar nur darum gehe, böswillige Obstruktionspolitik gegen den Grosse Rat zu machen.

... Grosse Mängel

Ein zweites Hochschulstudium ist nicht betragsberechtigt, die Anträge auf existenzsichernde und indexierte Stipendien wurde abgelehnt, Beiträge werden nur für die ordentliche Dauer der Ausbildung gewährt, die Erfüllung der Ausbildungsanforderungen kann von der ED abgeklärt werden (Freipass für die ED), wenn die Ausbildung «ohne wichtigen Grund» aufgegeben wird, besteht Rückzahlungspflicht, der Antrag auf Gewährung einer Ortszulage bei auswärtiger Ausbildung wurde abgelehnt, nichts Neues bringt das Gesetz bezüglich Elternunabhängigkeit. Einzig bei Verheirateten und über 25-jährigen werden die elterlichen Verhältnisse nicht mehr voll angerechnet, andernfalls kann ein Bewerber noch so lange von den Eltern unabhängig gelebt haben, das Gesetz postuliert dennoch die «volle, den Eltern angemessene» Unterstützungspflicht.

In diesen und weiteren Punkten hätten die Vorschläge der Studentenschaften zumindest Grundlagen für ein gerechtes Bildungssystem geschaffen. Wenn auch kantonale Stipendengesetze sowieso nicht befriedigen können, solange sie nicht in ein gesamtstaatliches Konzept – das in der Schweiz bekanntlich fehlt – eingebettet sind, werden aber mit dem vorliegenden Gesetz Bildungsprivilegien nicht nur nicht vermindert – was schliesslich die Aufgabe eines Stipendienwesens sein sollte –, sondern noch zementiert.

Tobias Bauer
SUB-Vorstand

Verreisend doch!

Badeferien

Kerkennah/Tunesien 14 Tage Fr. 850.-

Costa Brava / Costa Dorada 14 Tage Fr. 295.-
bis Fr. 635.-

Stadtbummel

London 14 Tage Fr. 345.-

Sportlich

Reiten in Nordwales 14 Tage Fr. 635.-



SCHWEIZERISCHER
STUDENTENREISEDIENST

Basel, Bern, Luzern, St. Gallen,
Zürich Tel. 01/47 30 00



Verband der
Schweizerischen
Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

zung des Denkens fördert, und dies nicht nur bei der Studentpolitik. Arbeiter sollen nur wegen Arbeitsbedingungen streiken dürfen, nicht aber aus politischen Motiven. Lehrer sollen nur Fertigkeiten vermitteln. Juristen sollen keinen Gesetz anzuordnen, ohne auch Hintergründe einzugehen, und Ökonomen sollen lernen, Geschäfte zu machen.

Dies muss notwendigerweise zu einer verantwortungslosen Gesellschaft führen, wo letztlich niemand an Missständen schuldig ist.

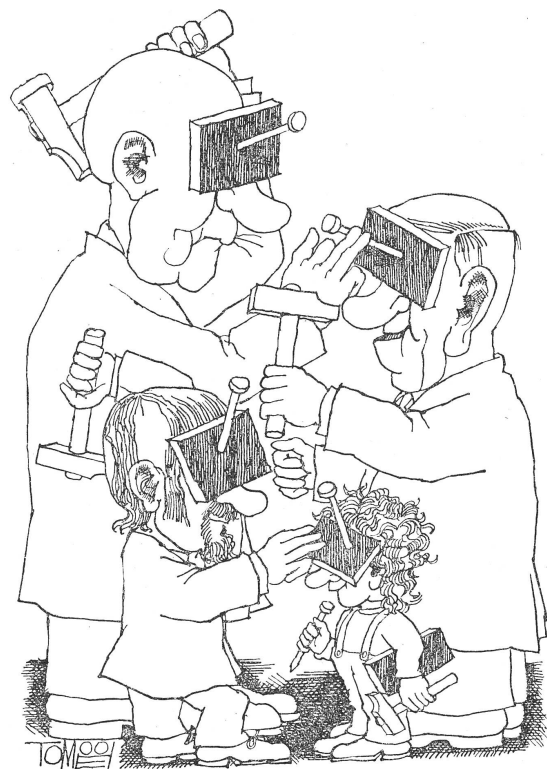
Einseitig, um zu korrigieren?

k: Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen werden in den meisten Schweizer Zeitungen kaum bis gar nicht diskutiert. Vielmehr wird uns häufig ein

«Historische» Hochschulkonferenz-Sitzung

«Galgenfrist für Numerus clausus»

Man weiss es bereits aus Presse und Radio: Der NC wurde noch einmal aufgeschoben – für dieses Jahr. Anders kann wohl das Resultat der zweitägigen Sitzung der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) nicht interpretiert werden. Zugestanden: Die Gegner des Numerus clausus führen dieses Jahr nochmals mit allen verfügbaren Geschützen auf. Sogar Bundesrat Hürlimann wurde «eingesetzt». Denn es schien hart auf hart zu gehen.



(Aus «Politik im Alltag», Z-Verg. Basel)

Bundesrat Hürlimann gab unumwunden zu, dass er von einer Besichtigung am Platz des totalen NC-Fiascos in der BRD als ein anderer Mensch zurückgekehrt sei. Er beschwor die versammelte Erziehungsdirektoren- und Rektorenschar nach den unmissverständlichen Rauchzeichen rektoral-medizinischer NC-Befürworter, doch auf so eine «unpopuläre Massnahme» – dass sie dazu noch ungerecht ist, scheint weniger wichtig – zu verzichten, da sie vor dem Volk wegen 77 überschüssiger Kandidaten auf total 1787 nicht verstanden würde.

• 1787 Voranmeldungen bei einem «Numerus fixus» von 1407 («Numerus fixus» = von den Universitäten angegebene, nur im Notfall variable obere Kapazitätsgrenze)

• Unter der Prämisse eines Rückzugs von rund 17% verbleibt ein Platzdefizit von 77 Studienplätzen

• Auf dem «Latrineweg» erfährt man, dass die Clearing-Subkommission der CEPREM (verantwortliches Organ für

die Durchführung der Voranmeldeaktion) der Vollversammlung der SHK den Antrag auf Einführung des Numerus clausus stellen werde.

Im letzten Moment, nämlich drei Tage vor der bereits zum Voraus als «historische» deklarierten Sitzung, wandelte die Clearing-Kommission ihre Empfehlungen in ein kontraktorisches Meisterstück um. Ich zitiere aus dem Antrag der Clearing-Kommission zuhanden des Plenums der SHK:

«1. Angesichts der Tatsache... (siehe Ergebnis der Voranmeldeaktion, Verf.) gelangt die Kommission zum Schluss, dass Zulassungsbeschränkungen eingeführt werden müssten. Sie gibt sich über Rechenschaft darüber, dass aufgrund folgender Elemente deren Einführung schwierig ist:

– Das Studienplatzdefizit auf Anfängerstufe ist zu geringfügig, als dass die vielschichtige Prozedur in die Wege geleitet werden könnte;

– Das Studienplatzdefizit auf Stufe des

zweiten Studienjahres fällt kaum ins Gewicht;

– die Klinikkapazität (Humanmedizin) genügt gesamtschweizerisch;

– in der Zahnmedizin (Klinikkapazität) ist sogar mit beträchtlichen Reserven zu rechnen.

2. Immerhin kann die Einführung von Zulassungsbeschränkungen nur unter folgenden Bedingungen vermieden werden:

– Es muss ein politischer Entscheid über die Aufteilung der überschüssigen Kandidaten gefällt werden, und es müssen kurzfristig ausserordentliche Kredite zur Verfügung gestellt werden;

– die Übertrittsquoten von 85 Prozent (zwischen Studienbeginn und Beginn des zweiten Studienjahres) und von 75 Prozent (zwischen Studienbeginn und Beginn des Klinikums) müssen für alle Universitäten bestätigt werden;

– die zuständigen Universitätsinstanzen haben dafür zu sorgen, dass der Studienwechsel zwischen Humanmedizin, Zahnmedizin und Veterinärmedizin bewilligungspflichtig wird;

– Umleitungen müssen vorgenommen werden...

Schlechterdings empörend an diesen «Bedingungen» ist das völlige Fehlen eines Hinweises auf längst überfällige grundlegende Reformen und auf zielgerichtete, gesamtschweizerisch wirksame Massnahmen wie Kapazitätserweiterung und Studienkoordination. Ein auf solche Probleme eingehendes Dossier des Sekretariats wurde an der Sitzung gar nicht beigegeben. Solange nur halbe Kräfte an den zuständigen Stellen an der Verhinderung des NC arbeiten, wird er mit Sicherheit bald der schweizerischen Hochschullisere den Kranz aufsetzen.

Es drängt sich noch eine weitere Bemerkung auf: Nicht nur der VSS hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Voranmeldeaktion nicht dazu herhalten dürfte, die Einführung von Zulassungsbeschränkungen zu rechtfertigen, bzw. dass sie den ersten Schritt dazu darstelle. Sie ist einzig und allein gerechtfertigt als Massnahme zur besseren Ausnützung vorhandener Kapazitäten. Wenn sie jedoch dazu benutzt wird, ebendiese Kapazitäten zu zementieren bzw. gar den «Numerus fixus» an gewissen Unis herabzusetzen, wirkt sie letztlich missstandstabilisierend. Weiter ist man mit der Voranmeldeaktion auf dem besten Weg, diese tatsächlich als Entscheidungsbasis zur Einführung von Zulassungsbeschränkungen zu missbrauchen, mithin den studentischen Befürwortern recht zu geben.

Diese Sitzung hat also tatsächlich gezeigt, dass sich wiederum nichts ändern wird und dass die «historische Sitzung» (in welchem Sinn?) vielleicht nächstes Jahr im Juni stattfinden wird. Man hat jetzt wiederum einige Monate Zeit, wirkliche Reformen und zielgerichtete Massnahmen in die Wege zu leiten. Es deuten jedoch alle Voraussetzungen darauf hin, dass auch im nächsten Frühling die gesamte hochschulpolitische Schweiz nur hoffen und beten kann, dass sich wiederum nur knapp zueinander Medizinalräte stellen werden. Alles soll sich ja erst mit der Einführung des neuen Hochschulförderungsgesetzes auf den 1. 1. 78 ändern. Daraus ist die Einführung des Numerus clausus in der Kompetenz der eidgenössischen Räte – was sie nicht schwieriger, jedoch gewichtiger machen soll. Diese Regelung hat den Vorteil, dass der politische Charakter dieses Entscheides nicht durch «Sachzwänge» überdeckt werden kann.

Thomas Koch
SHK-Delegierter des VSS

Uni-Gesetze: Thesen der Studenten

Gegen 40 Vertreter der lokalen Studentenschaften aus der deutschen und welschen Schweiz nahmen am 21. Juni 1976 an dem VSS-Universitätsgesetzseminar in Bern teil. Ziel war das Erarbeiten von gesamtschweizerischen studentischen Positionen zu den seit längerer Zeit in verschiedenen Kantonen angelaufenen Gesetzesrevisionen. Der erreichte Konsens in den folgenden Schwerpunkten darf als wichtiger Schritt in Richtung enger, besser aufeinander abgestimmter studentischer Aktivitäten gewertet werden:

- Verstärkung der universitären Autonomie gegenüber staatlichen Instanzen
- Verlagerung der Kompetenzen nach dem Prinzip der Betroffenheit, das heisst an die Forschungs- und Lehrinstitute, Institute und Seminare.
- paritätische Mitbestimmung der Studenten, des Mittelbaus und des Personals
- Festhalten an der öffentlich-rechtlichen Körperschaft aller Studenten
- Abschaffung des altväterischen Disziplinarrechts

Zudem wurde eine Zusammenstellung der Universitätsgesetze und der entsprechenden Reformentwürfe verabschiedet. Diese Zusammenstellung sollte ein revidiertes Thesenpapier sollen zuhanden von interessierten Parlamentariern verabschiedet werden. es

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

gratis kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reise-partner oder eine Reisepartnerin suchen.

REIS MIT!

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir weisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte; jede Zahl gilt als 1 Wort. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an «das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss für die Septembernummer: 28. 8. 76

Indonesienbegleiter(in) (Singapur-Sumatra-Java-Bali-Celebes-Bangkok) gesucht. 20-35 Jahre, vom 18. 7. bis 13. 20. 80. Ines Kersten, 7750 Konstanz, Max-Strömeyer-Str. 108, Kosten ca. 3500 DM alles inkl.

Egal wohnen und wieviel es kostet! Fernwehgeplagte kommt mit zwischen 20. 8. und 15. 10. 76. Ines Kersten, 27. 7. 76, 7750 Konstanz, Max-Strömeyer-Str. 108.

22-jähriger sucht Begleiterin für fünfwöchige Trekking-Tour nach Afrika. Abfahrt am 9. Juli. Tel. 713 24 02, Aldo verlingen.

Ich, Student, 24, suche Gelegenheit zum Mitfahren nach Stockholm zwischen 20. und 27. Juli. Kostenbeteiligung. Peter Ackle, Fischstr. 210, 8032 Zürich. Tel. (01) 55 42 42.

Stud. (29) sucht ein Kultur, Kunst, Geschichte und Leuten interessiertes Girl (22-27) für mehrmonatigen Trip mit Car von Istanbul bis Nepal, dann auf eigene Faust durch Indien, Thailand und Indonesien. Abfahrt Oktober 1976. Anja Hofer, Postgasse 47, 3011 Bern.

Für meine dritte und letzte Inter-Rail-Reise im Oktober suche ich einen Partner oder eine Partnerin. Ziel: noch zu bestimmen. Ich studiere Elektrotechnik und heisse Thomas Schmid. Adresse: Streulstr. 85, 8032 Zürich. Tel. 53 61 34.

Mitte September bis Mitte Oktober durch Ungarn, CSSR und Polen mit dem Motorrad. Wer kommt mit? Nicole Dicht bis Ende Juli (wegen der Visa) bei Alois Amrein, Bergstrasse 23, 8044 Zürich.

Welches elegante, feine Weinmädchen mit einem jungen Mannlein FKK-Ferien in Südafrika erleben? Tel. (01) 56 76 08.

Ich (21) fahre am 9. oder 10. Juli mit dem Auto an die Côte d'Azur evtl. Riviera. Gegen Benzinbeteiligung können 1-3 Personen mitreisen und nach 2 Wochen evtl. auch wieder in die Schweiz zurück. Stefan Gubler, Bergstr. 9, 8142 Olten.

2 Studenten suchen mitternachschichtunabhängige Girls (Alter ca. 20-30) für Skandinavien-Trip (Interail). Der hohe Norden und die innere Seelandschaft sind unser Ziel. Abfahrtsdatum: ca. 16. Juni. Bischer Johannes, Schulgasse 11, 4057 Basel.

Suche Ferienpartner(in) für SSR-Ferien im Süden, 2 oder 3 Wochen im Juli. Ziel würde noch nicht bestimmt. Ursula Huber, Seetalstr. 17, 5630 Marz.

21-jähriger Medizinstudent sucht Begleiter(in) für 2- bis 3-wöchige Reise nach Südamerika (ohne Benzin) 555 Fr. Resedaten 19. 7. oder 26. 7. Schnelle Antwort unerlässlich. Christoph Sölden, stud. med. vet. 21, Höhering 42, 8052 Zürich.

Ferienpartner nach Südamerika (ohne Benzin) 555 Fr. Resedaten 19. 7. oder 26. 7. Schnelle Antwort unerlässlich. Christoph Sölden, stud. med. vet. 21, Höhering 42, 8052 Zürich.

Tauschsuche für Herbstferien irgendwo im Süden der zuverlässigen und ungänglichen Partner(innen) im Alter von 18 bis 30 Jahren. Ich bin bereit, eine Tauschverföhrung, so melde Dich bei: Marcel Saver, Birkenweg 12, 3250 Lüss.

Suche Reisepartner(in), bis 25. J., nach Schottland. Ziel und Reise kann besprochen werden. Christian Wertenstein, 5612 Villmergen. Tel. (057) 6 79 29.

21-jährige Studentin (Phil.) sucht Begleiter(innen) für Reise mit Inter-Rail nach Süd- und Südamerika (Griechenland, Italien, Spanien, Marokko usw.). Deine Vorschläge werden gerne berücksichtigt. Abfahrtsstermin: ca. Mitte September. Monika Bos, Kornhausgasse 2, 4051 Basel.

treffpunkt

Region Zürich-Brugg: Student, 24/185, sucht mögliche oder schlaue, bis 35-jährige, zärtliche und vitale Frau für intime Stunden. Diskretion selbstverständlich. Bildschreiben an Chiffre 2455, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gefangenheitsorganisation sucht idealistischen Studenten, der in der in der Zeit zwischen dem Karneval antritt und bereit ist, uns aus Asunción (Paraguay) Informationen über eine Gefangenengruppe zu übermitteln. Tel. (031) 41 83 74 (abends).

Leitender Ang. 25/189, bi, sucht netten, unkomplizierten Freund, ebenfalls bi, zur Verbringung der Freizeit und zum Liebhaben. Meine Interessen: Musik, lesen, Konzerte, viel diskutieren, Malerei und alles, was schön ist. 100%ige Diskretion selbstverständlich. Deine Zuschrift erreicht mich (mit Photo) unter Chiffre 2453, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 25. J., sucht aufrechten Freund zum Gedanken-austausch, für Freizeit, eventuell Ferien Anfang August (Raum Zürich oder Nordwestschweiz). Auf Deine Bildschrift freut sich Chiffre 2452, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Stadt Bern: Welcher Mann (20-30) verbringt manchmal mit mir die Freizeit? Ich, weiblich, 20, im Rollstuhl, an viel interessiert. Alle Briefe werden beantwortet. Chiffre 2414, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ein gesundes, natürliches und feinfühliges weibliches Geschöpf für einen jungen, sensiblen und unkonventionellen Mann gesucht. Chiffre 2365, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Raum Zürich: Student 20/185, schlank und gut aussehend, sucht zärtlichen Jeansboy zum Gemähen (und vieles mehr). Auf Deinen Brief mit Photo freue ich mich. Antwort und Diskretion selbstverständlich. Chiffre 2367, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürcher, 29/182, sucht Genosin, die sich auch ab und zu Gedanken über mögliche Ursachen des «Kaputtgehens» macht. Chiffre 2394, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FLOHMARKT
Wir suchen für unseren freien Ganztags-Kinder-garten in der Plattenstrasse Kinder zwischen 3 und 6 Jahren. Tel. (01) 32 57 77.

DISSERTATIONEN
druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

bei DM	Exp. pro Seite
70	3.30
100	3.45
150	3.65
200	3.80
300	4.25

BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525

Frachverbilligung
Raster billigst!

Angebot anfordern!

**Kontaktinse-
rate in «das
konzept» sind
sehr preisgün-
stig und errei-
chen ca. 40 000
kontaktfreudige
junge Leser.**

**Bringen Sie Ihre wissen-
schaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich**

Telefon 01 / 27 77 27

Unterstützen Sie uns! Auf Anfrage schiken wir gerne Zeitungsplakate oder Werbenummern (Tel. 01/47 75 30).

Ich schreibe mit IBM-Executive

Ihre Dissertation

druckfertig zu günstigem Preis.

Frau H. Vetterli

Tel. (01) 939 18 20

**Semesterarbeiten
Dissertationen**

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Bei uns erhalten Sie erotische

Filme und Magazine

(auch homophile) besonders günstig. Ausführliche Farbprospekte gegen 4 Fr. in Briefmarken durch den

Plaisir-Versand, Postfach 1131,
D-7886 Murg.

GAULOISES

Natürlich... Gauloises-Typen.

Der NC und seine gesellschaftspolitischen Folgen

Mit vollen Segeln in eine kaputte Gesellschaft

Alle reden von Numerus clausus – als von einem Problem der Hochschulen, bei dem es um Kapazitäten und Investitionen, um Lastenverteilung zwischen Bund und Kantonen und schliesslich noch um den Bedarf an Akademikern geht. Einerseits haben grosse Teile der Bevölkerung heute verstanden, dass ärztliche Standesorganisationen aus Angst um die bisher hohen Profite der Ärzte gegen Kapazitätsausweitungen an den Universitäten Stellung nehmen. Andererseits aber erscheinen die gegen den NC protestierenden Studenten vielerorts ebenfalls als Lobby im eigenen beschränkten Interesse, auch wenn unübersehbar ist, dass die medizinische

Versorgung in der Schweiz sowohl regional wie auf den Gebieten der Allgemein- und Präventivmedizin ungenügend ist. In diesem Streit um das Ausmass der sozialpolitisch notwendigen Investitionen ist bisher ein Aspekt fast völlig unbeachtet geblieben: die bildungs- und gesellschaftspolitischen Auswirkungen von Zulassungsbeschränkungen und verschärfter Leistungsselektion. In der Bundesrepublik Deutschland zeigen sich mittlerweile die Konsequenzen, die auch auf uns zukommen, so deutlich, dass sie hier sozusagen als ein Blick in schweizerische Zukunft behandelt werden.

Red.

Wer in der BRD studieren will, muss sich fristgerecht bei der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund melden (ausser er wähle Elektrotechnik). In 19 der dort verwalteten 41 Fachgebiete werden Bewerber abgewiesen und auf später vertröstet. Angenommen und auf beliebige Hochschulen verteilt werden nur die Besten je Studiengang. Die sieben NC-Spitzenfächer sind Medizin, Psychologie, Biologie, Pharmazie, Zahnmedizin, Tiermedizin und Wirtschaftspädagogik. Bei den Medizinern bewerben sich 26 301 Maturanden um ganze 4572 Plätze! Das bedeutet, dass von denjenigen Maturanden des Jahres 1976, die Mediziner werden wollen, 99 Prozent keine Chance haben. Der verlangte Notendurchschnitt für das letzte Wintersemester betrug 1,5 (schweizerisch 5,5). Nur einige mit Schnitt 1,6 werden berücksichtigt. Mit 1,7 (= 5,3) kann niemand mehr zu einem Platz. Auf die Warteliste zu vertrauen hat keinen Sinn: Erst in 16 Jahren wären heutige Interessenten an der Reihe. Dies ist nur die Spitze des Eisberges, der u.a. auch Engpässe in der Lehrerausbildung (besonders in Biologie, Sport und Sonder-schulen) enthält.

Aber das Dilemma ist noch allgemeiner: Die Lehrstellen für handwerkliche Berufe sind knapp geworden. Dies bedeutet, dass heute Absolventen der Primarschule Schwierigkeiten haben, mit durchschnittlichen Leistungen einen Ausbildungsplatz zu finden. Denn von «oben» drängen die mit der heutigen (entspricht Real- und Sekundarschule) Abgänger nach «unten», weil sie ihrerseits die Plätze im mittleren Industrie-, Verkaufs- und Verwaltungskader von nicht studierenden Maturanden besetzt finden. Für diese nämlich genügen die neuen Berufsakademien nicht, auch spezielle Ausbildungsgänge bei Grossbetrieben können den Andrang nicht bewältigen. Um 67 Plätze bei Chemie-Bayer beispielsweise bewarben sich dieses Jahr 1200 Mittelschulabsolventen.

Nicht fürs Leben, für Noten

In bundesdeutschen Schülerkreisen ist das geflügelte Lateinerwort «Nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen wir» längst der Realität angepasst worden: Mittelschüler sagen «Nicht fürs Leben, sondern für die ZVS lernen wir», die anderen Schulgänger lernen für eine Lehrstelle: Nicht mehr Stoff interessiert (oder auch nicht), sondern allein die Noten haben zu interessieren.

Die Mittelschüler beispielsweise, denen die Oberstufenreform in der Kombination von Pflicht-, Wahl- und Freifächern die Möglichkeit gegeben hat, interessensmotiviert einen Teil ihres Stundenplans zu sind zu Rechenkünsten, Kalkulationspezialisten geworden: Eingeschätzt wird die durchschnittliche Notengebung des betreffenden Lehrers, das Mass der Anforderungen, die Bedeutung des Faches und der bisherige Erfolg auf dem Gebiet. Wenn die Notensumme nicht auf ein Maximum tendiert, wird das Fach abgewählt, unabhängig von Neigungen, um in einem anderen Fach einen zahlenmässigen Ausgleich herauszuwirtschaften.

Verfälschte Reformen

Dabei hatte es Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre so hoffnungsvoll begonnen: Nachdem 1966 der liberale Bildungspolitiker Georg Picht das Wort vom «Bildungsnotstand» in aller Munde gebracht und einen tatsächlichen Schock ausgelöst hatte, wurden die Mittel für die nicht nur propagiert, Man begnüge sich nicht damit, Chancengleichheit zu postulieren. Man tat auch viel dafür. Es gelang den Erziehungsreformen, ihre theoretischen Konzepte in die Schulwirklichkeit einzubringen: Der «Frontalunterricht» mit dem alles bei den Notendruck nicht auf Beteiligung der Schüler an der Unterrichtsplanung und -gestaltung institutionalisiert werden; der Begriff der Lern-motivation sollte das Schlagwort von der Paukschule ablösen. Gesamtschule, Reformen auf allen Stufen, die Einführung neuer Schultypen und bessere Durchlässigkeit zwischen den Schulen hatten zum Ziel, den einzelnen Schüler stärker als bisher in seinen jeweiligen Möglichkeiten zu erfassen und zu fördern. Ein grosser Schritt auf dem Weg zur Chancengleichheit schien sich endlich anzubahnen.

Diese Entwicklung aber wurde durchkreuzt von Leistungspädagogen, die beispielsweise das emanzipatorische Postu-



Muss angstfreie Erziehung eine Utopie bleiben?

lat der vorschulischen Erziehung zu gezielten Lernspielen schulisches Charaktere nutzen wollten. In den Kindergärten wurde diese Entwicklung noch gebremst, nicht aber in den Schulen aller Stufen: Mit der Entwicklung neuer didaktischer Mittel ging eine Steigerung der verlangten Leistungen einher, die jeden Ansatz zur Verwirklichung von Chancengleichheit zunichte gemacht hat.

Es ist unbestreitbar: Die Anforderungen sind gestiegen, in Klassen, die zwar wesentlich kleiner geworden sind, aber immer noch zu gross zur Betreuung jedes einzelnen. Dennoch: Das Schülend in der BRD hat noch eine weit tiefere Wurzel. Allein an den verlangten Leistungen kann es nicht liegen, da mit den vermehrten Lehrinhalten zugleich auch die Unterrichtsformen reformiert, attraktiver für die Schüler gestaltet wurden. Solche Massnahmen sind durchaus keine Kosmetik an der alten Schule. Der schülerorientierte Unterricht beispielsweise kann wirkliche Mitbestimmung (inklusive bei der immer noch unvermeidlichen Notengebung) bringen, die eigenbestimmte Anteilnahme am Unterricht bewirkt.

Selbstmorde, Aggression und Alkohol

Die Absurdität der Situation wird deutlich, wenn einer der grossen Bildungsreformer, der Bielefelder Professor Hartmut von Hentig, von Schülern berichtet: «Sie reden von Motivation und dass sie ihnen leider fehle; die alte Schule habe sie «verkorrt»; sie hätten das Lernen nicht gelernt; ich frustrierte sie mit dem vielen Latein, das ich könne: (Sie überfordern uns, Unterrichtende), sagt eines von ihnen in makellosem Hochdeutsch und ebenso präziser Einschätzung meiner Skrupel.» Wie kommt es, dass Schüler sich nach der alten «Paukschule» zurücksehen? Eine Schülerin in Oberbayern notierte: «Am Ende sind die autoritärsten Lehrer die besten. Sie produzieren die verlangten Paukschulnoten.»

Das schrieb sie in ihr Tagebuch, bevor sie Gift schluckte. Die Zahl der Schülerelbstmorde steigt. Nach den letzten vorliegenden Zahlen von 1973 haben in einem Jahr 517 Kinder und Jugendliche Hand an sich gelegt. Im vergangen Februar, zur Zeit der Zeugnisausschüsse, vergifteten sich vierhundert erschossen sich allein in Bayern 10 Schüler. Entsprechend beängstigend nehmen auch die psychischen Erkrankungen in dieser Altersgruppe zu. Einzelne Psychotherapeuten berichten, dass heute jedes zweite Kind mit Schulverweigerung in der Sprechstunde kommt. Geradezu typisch scheint eine neue Krankheit zu sein – das «Schulerebrechen». Ärzte fanden heraus, dass alle medikamentöse Behandlung wenig nützt. An Wochenenden und in den Ferien gegründete Kinder von selbst. «Die Schule, die den gesellschaftlichen Auftrag hat, Kinder zu fördern, milieuschädigt ebenso wie solche aus intakten Verhältnissen, macht sogar die gesunden Kinder noch krank», klagt ein Kölner Lehrer im Gespräch an.

«Manchmal denk' ich», fährt der gleiche 15-Jährige fort, «dass ich in der verblümmten Sprache vor, ich bin in einem Irrenhaus.» Mutwillig wird Unterrichtsgeschehen zerstört. Die relativ harm-

losen Scherze, wie das Anzünden eines Papierkorbs etwa, sind längst nicht mehr aktuell. Die Aggressionen richten sich aber vor allem gegen die Mitschüler. Es geht dabei um mehr als das altbekannte Kräftemessen, um Prügel für den Klassenbesten, den «Streber», um Streit um einen Ball. Es wird kalkuliert zugeschlagen und gequält. Im Kampf um die besten Noten soll oft der Konkurrent unschädlich gemacht, ausser Acht gesetzt werden. In Hamburg schleifen kürzlich zwei Primarschüler einen Kollegen an den Füssen die Steintrappe hinunter. Dieser wurde mit schweren Kopfverletzungen hospitalisiert. Im südlichen Ruhrgebiet stiegen vier 14-jährige einen Mitschüler vereint mit dem Kopf gegen eine Mauer. Der Misshandelte blieb zwei Wochen bewusstlos. Mit eigenen Augen habe ich in Tübingen in einer Woche zweimal den Krankenwagen solche Aggressions- und Stressopfer abholen sehen. Auch bei Schülern der Unterstufe kommt es vor. Der Kölner Lehrer berichtet: «Manchmal kommt einer nur zum Unterricht, um seinen Rausch auszuschlafen.» Eine amtliche Hamburger Statistik sagt, dass innert acht Wochen 3000 Schüler fünfmal betrunken nach Hause geschickt werden mussten. Auch von einer Zunahme des Drogenkonsums ist die Rede. «Je messier die Zukunft aussieht, desto aggressiver sind die Schüler», erklärt man in den Schulbehörden. Hinzuweisen ist, dass Aggression die eine, Resignation (Selbstmord) und Apathie (Alkohol, Drogen) die andere Ausdrucksform der heutigen «depressiven Generation» (Kinderarzt K. Nitsch) ist.

Elternsorge sorgt für Leistungsdruck

Eine solche Schule wäre denkbar ohne die Eltern. Sie haben in der BRD eine direkte (nicht über politischen Parteienproporz vorbestimmte und verwaltete) Mitsprache. Die Eltern protestieren zwar mittlerweile gegen den «Leistungsstress», ihre eigene Rolle dabei aber haben sie grösstenteils noch nicht durchschaut. Im Kölner «Stadtanzeiger» erschien ein Inserat: «Suche für meine Töchter (14/11, sicheres Abitur 1981/88, trad-liberale Erziehung) heute, jetzt Ausbildungsangebote für attraktive, moderne auch inorthodoxe Berufe, um Neigungen und Zielvorstellungen abzustimmen. Eventuelle Vorverträge, Zuschriften...» Dieser besorgte Vater will dafür sorgen, dass seine Töchter, die z.T. noch nicht in die Mittelschule eingetreten sind, ihr Abitur machen werden. Es gibt – ein illustratives Beispiel – schliesslich «Nachhilfe-Firmen», es gibt in fast allen grösseren Städten mittlerweile zur Zeit der Zeugnisse kirchliche Notfalldienste, die die schlimmsten menschlichen Tragödien zu verhindern versuchen, es gibt schliesslich den elterlichen Druck, zumist durchaus liberal mit Ermahnungen und Warnungen vor einer ungewissen Zukunft. Solche Fürsorge der Eltern ist bestens gemeint: Die Familien sind in Sorge um das Fortkommen ihrer Kinder, einer ganz realistischen Sorge. Der besorgte Kölner Vater tut – wie viele andere – nichts anderes, als was Tausende von Schülern tagtäglich tun: sich «Abstimmen» der Neigungen und Interessen mit möglichen Ausbildungs- und

Wehret den Anfängen

«Wer ist bereit, sich zum Wintersemester für den Studiengang Medizin zu bewerben und mir dann seinen Studienplatz abzutreten? Zuschriften erbeten unter...» Anzeigen wie diese aus dem «Darmstädter Echo» können auch in der Schweiz bald in den Zeitungen auftauchen. Wenn man den Universitäten keine Studienplätze in einem ihnen liegenden Gebiet haben, besetzen die bisherigen mittleren Kader, auf die bisher die Absolventen mit mittleren Ausbildungen aspirieren konnten. Diese wiederum verdrängen dann schliesslich Real- und Primarschüler von ihren Lehrstellen. Für die jungen Menschen, die immer oder auch nur zeitweise entwicklungsbedingt die schlechtesten Resultate «erbracht» haben, bleibt bestenfalls noch Platz als Ungerlernte, um die sie sich mit den «Drop-outs» der höheren Stufen streiten können. Solche Entwicklung ist unabhängig davon, ob bei Hochschulzulassungen nach Notenmässigkeit die Dinge nicht zum besten stehen. Zu Beginn dieser Session haben die Herren im «Stockli» ihren Sparwillen gleich dreimal an Bildung und Forschung ausgelassen: Zuerst wurde das Institut für Vergleichende Rechtskunde abgelehnt, dann der Kredit zum Winterhurer Technorama gestrichen, schliesslich noch eine Vorlage zu einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt. Dies alles erschien der Mehrheit unserer Ständevertreter nicht als nicht dringlich. Sie taten damit auch keiner Lobby weh – denn Bildung hat keine Pressure-group in Bern. Die präkizzierten Bauern dagegen, deren Männer viel Gewicht in den «Wagchalen» hatten, wurden gehätselt. Der EDI-Vorsteher schliesslich ist auch nicht die kompetente Grösse, nicht der Mann, der für Bildung und Forschung auf die Barrikade geht. Die bisher reichlichsten Anti-NC-Mäkler und Streiter gegen allfällige Leistungsselektion sitzen im schweizerischen Schweizerischen Hochschulkongress (SHK). Aber ihr Einfluss in diesen föderalistisch beherrschten und von «oben», d.h. der EDI-Abteilung für Wissenschaft und Forschung, wenig unterstützten Gremien ist gering. So bleibt es immer noch bei verbalen Beteuerungen, die über das, was uns in Zukunft blüht, wenig aussagen – ausser der Vermutung, dass Zulassungsbeschränkungen doch kommen werden. Nach SHK-Beschluss vom 18. Juni werden sie noch nicht dieses Jahr eingeführt. Aber solange nichts «Mutiges» gemacht wird, bleibt die Angst vor 1977.

Die Befürchtung, dass die Beschränkungen zu werden, kann schon ähnliche Folgen zeitigen wie der NC selbst. Wie unsler bei aus der BRD aufweist, gilt dies dann nicht nur für die, die demnach studieren wollen, sondern für die ganze Generation derer, die jetzt zur Schule gehen. Es betrifft schon die Erstklässler, denn sie sind in einem mit NC und Lehr-

stellenverknappung unerbitlich gewordenen Selektionsapparat, genannt Bildungswesen: Durch Zulassungsbeschränkung in einem begehrten Fach (Medizin) wuchert der NC auf andere Hochschulsstufen weiter. Diejenigen, die schliesslich an der Universität keine Studienplätze in einem ihnen liegenden Gebiet haben, besetzen die bisherigen mittleren Kader, auf die bisher die Absolventen mit mittleren Ausbildungen aspirieren konnten. Diese wiederum verdrängen dann schliesslich Real- und Primarschüler von ihren Lehrstellen. Für die jungen Menschen, die immer oder auch nur zeitweise entwicklungsbedingt die schlechtesten Resultate «erbracht» haben, bleibt bestenfalls noch Platz als Ungerlernte, um die sie sich mit den «Drop-outs» der höheren Stufen streiten können. Solche Entwicklung ist unabhängig davon, ob bei Hochschulzulassungen nach Notenmässigkeit die Dinge nicht zum besten stehen. Zu Beginn dieser Session haben die Herren im «Stockli» ihren Sparwillen gleich dreimal an Bildung und Forschung ausgelassen: Zuerst wurde das Institut für Vergleichende Rechtskunde abgelehnt, dann der Kredit zum Winterhurer Technorama gestrichen, schliesslich noch eine Vorlage zu einer landwirtschaftlichen Versuchsanstalt. Dies alles erschien der Mehrheit unserer Ständevertreter nicht als nicht dringlich. Sie taten damit auch keiner Lobby weh – denn Bildung hat keine Pressure-group in Bern. Die präkizzierten Bauern dagegen, deren Männer viel Gewicht in den «Wagchalen» hatten, wurden gehätselt. Der EDI-Vorsteher schliesslich ist auch nicht die kompetente Grösse, nicht der Mann, der für Bildung und Forschung auf die Barrikade geht. Die bisher reichlichsten Anti-NC-Mäkler und Streiter gegen allfällige Leistungsselektion sitzen im schweizerischen Schweizerischen Hochschulkongress (SHK). Aber ihr Einfluss in diesen föderalistisch beherrschten und von «oben», d.h. der EDI-Abteilung für Wissenschaft und Forschung, wenig unterstützten Gremien ist gering. So bleibt es immer noch bei verbalen Beteuerungen, die über das, was uns in Zukunft blüht, wenig aussagen – ausser der Vermutung, dass Zulassungsbeschränkungen doch kommen werden. Nach SHK-Beschluss vom 18. Juni werden sie noch nicht dieses Jahr eingeführt. Aber solange nichts «Mutiges» gemacht wird, bleibt die Angst vor 1977.

Die Befürchtung, dass die Beschränkungen zu werden, kann schon ähnliche Folgen zeitigen wie der NC selbst. Wie unsler bei aus der BRD aufweist, gilt dies dann nicht nur für die, die demnach studieren wollen, sondern für die ganze Generation derer, die jetzt zur Schule gehen. Es betrifft schon die Erstklässler, denn sie sind in einem mit NC und Lehr-

Berufsaussichten: Eigenmotivation ist nicht mehr sachbezogen, sondern nur noch karrierorientiert.

Erziehung zur Sozialität

In den Schulen, gleich welcher Stufe, wird alles zugunsten des Fortkommens zurückgesetzt. «Ich möchte meine Jungs oft wirklich zum Abgeben beim Nachhaken zur Hilfe bei einer Klassenarbeit ermuntern», sagt ein Mittelschullehrer angesichts des früher unbekannten sozialen Klimas: «Das sind lauter Einzelkämpfer.» Das, was die Schullehrer der frühen 70er Jahre intendiert hatten – vermehrte soziale Bezüge, Interaktion in Unter- und Oberschülern, Einübung in soziales, gesellschaftlich-sinnvolles Verhalten – das alles «ist zum Teufel gegangen» (so der Kölner Lehrer). Bildungsreformer von Hentig resigniert: «Vollends vergeblich erscheint mir der Versuch, die Schule aus einer Lernanstalt zu einer keinen anderen Zwecken dienenden Einrichtung zu machen: Es solle nicht mehr primär etwas Sachliches gelernt werden, sondern etwas Soziales; die Unterrichtsinhalte und -ziele sollten instrumentell zu den sozialen Lernprozessen eingesetzt werden.» Aber eben: die gesellschaftlichen Bedingungen sind nicht mehr zu ändern. Was dieses Schicksal der sozialen Karriere-Einzelkämpfer hervorbringt, wird zu einem Schreckbild der Zukunft: Es sind gerade nicht die Intelligenten, die «versagen». Von den Schülern mit guten Voraussetzungen scheitern, so der Tübinger Kinderpsychiater Reinhard Lempp, «90 Prozent». Es sind gerade diejenigen Begabten, die nicht zu jedem Zeitpunkt abrufbare Maximalleistungen erbringen. «Viele Menschen sind so gearret, besonders im Kindesalter. Das ist nichts Anormales.»

«angepasste Neurotiker»

Ungewöhnlich sind eher die anderen. Sie besitzen «eeelische Robustheit»: Sie sind beliebig einsetzbar und leistungsfähig. Es sind die, die auf alles eine Antwort wissen, die Korrekten, die guten Wiederläufer und Auswendiglerner, die von Elternhaus und Unterricht alles beliebige Anpassung Programmieren, die zugleich den eigenen Vorteil kalt-schnäuzig auszunutzen wissen: die «angepassten Neurotiker» (Lempp). «Man müsste jetzt wirklich einmal nicht die Schulversager, sondern die erfolgreichen Schüler ins Auge fassen und sie lachen jeden aus, der von Schulstress spricht. «Aber in seiner Persönlichkeit geschädigt ist ja auch der, der sich zwar selber durchzusetzen versteht, der aber darüber das Gefühl dafür verloren hat, wie ganz anders es vielen um ihn herum geht.» Jeder kann sich etwas ausmalen, der Umgang dieser Leute ist schmerzhaft, wenn sie Arzt, Vorarbeiter, Direktor, Prokurist, Beamter sind.

Wäre also die Verknappung der Ausbildungsplätze im höheren Mittelkader- und im handwerklichen Bereich ein raffiniertes Schachspiel der Gesellschaft, deren Machthaber sich auf autoritäre, angepasste und extrem leistungsfähige Auszubildende abstützen wollen? In einem Punkt zumindest geht die Rechnung nicht auf: Kinderpsychiater Lempp meint: «Für Leistung bin ich nicht. Das aber ist ein bisschen länger Dauer Leistung nur verhindert. Das ist eher Notendruck als Leistungsdruck. Es ist doch eine Illusion zu glauben, dass die Generation, die jetzt in den Schulen so strapaziert wird, später einmal zu leistungsfähigen Menschen heranwächst.» Für die heutigen Medizinstudenten in der BRD, die ebenfalls mit dem besten Notendurchschnitt aller Maturanden, wurde schon nachgewiesen, dass man bei ihnen nicht von einer speziell positiven Auslese sprechen kann.

Gesellschaft der schweigenden Anpasser?

Wenn Schule also die Leistungsfähigkeit fördern soll, so erzielt sie unter dem Druck von NC und Lehrstellenverknappung gerade das Gegenteil: eines Schulsystems unter solchen Bedingungen zur Bildung des mündigen, kritisch-selbstständigen Staatsbürgers, der sachgerecht und interessiert stimmen kann, beitragen soll, so ist es am besten, die Schulen zu schliessen. Denn auch spätere Korrekturen der eingebauten Anpasserhaltung scheitern auch an den Hochschulen – von Berufsschulen und Lehrstellen ganz zu schweigen – nicht möglich: An den Universitäten der BRD (nicht nur dort) herrscht ein Klima der Eingeschüchtheit. Studierende bitten um unpolitische Themen, um nur ja bei politisch gebietenden Gegenständen «Argo» zubeikommen. Die dort so Geprägten gehen z.T. dann wieder als Lehrer in die Schulen. Und so schliesst sich der Kreis, der ein Bildungssystem unter den Bedingungen des NC in seinen auch nur allgemeinsten Zielsetzungen, die (verbal) von kaum jemandem bestritten werden, in sich selbst aufheben lässt. Das Beispiel BRD zeigt, dass der NC auf einer oder mehreren Stufen der Ausbildung das Bildungssystem insgesamt schwerwiegend trifft und nicht leichtfertig oder bewusst demagogisch-verharmlosend als zeitweiliger partieller Kapazitätsengpass abgetan werden darf. Es zeigt zugleich, dass man nicht auf der einen Seite über das Verhalten des Stimmbürgers klagt und andererseits Bildungsausgaben kürzen kann – es sei denn, man sehe die Apathie der Bürger gar nicht so ungern, weil mit dem angepassten, den Dingen ihren Lauf lassenden Abstinenzler gut zu tun haben sei, zugunsten der eigenen Profite.

Bernhard Niebuhr

Tages-Anzeiger

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Verleger: Tages-Anzeiger AG, Zürich
Herausgeber: Tages-Anzeiger AG, Zürich
Druck: Tages-Anzeiger AG, Zürich
Abonnenten: Tages-Anzeiger AG, Zürich

Abonnenten: Tages-Anzeiger AG, Zürich
Herausgeber: Tages-Anzeiger AG, Zürich
Druck: Tages-Anzeiger AG, Zürich
Abonnenten: Tages-Anzeiger AG, Zürich

Libanon: Waffenruhe nur von kurzer Dauer

Berlin/Damaskus, 11. Juni. (AP). Die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon konnten nur wenige Stunden lang durch einen Tag nach der Einstellung der Arabischen Liga, eine Land- und Seefahrtssperre in das Libanon-Gebiet, und der Vereinbarung zwischen Syrien und dem Palästina über eine neue Waffenruhe, die am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Die Waffenruhe wurde auf ein weiteres 10-Tage-Vertrag verlängert, doch die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon konnten nur wenige Stunden lang durch einen Tag nach der Einstellung der Arabischen Liga, eine Land- und Seefahrtssperre in das Libanon-Gebiet, und der Vereinbarung zwischen Syrien und dem Palästina über eine neue Waffenruhe, die am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Die Waffenruhe wurde auf ein weiteres 10-Tage-Vertrag verlängert, doch die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon konnten nur wenige Stunden lang durch einen Tag nach der Einstellung der Arabischen Liga, eine Land- und Seefahrtssperre in das Libanon-Gebiet, und der Vereinbarung zwischen Syrien und dem Palästina über eine neue Waffenruhe, die am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Die Waffenruhe wurde auf ein weiteres 10-Tage-Vertrag verlängert, doch die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon konnten nur wenige Stunden lang durch einen Tag nach der Einstellung der Arabischen Liga, eine Land- und Seefahrtssperre in das Libanon-Gebiet, und der Vereinbarung zwischen Syrien und dem Palästina über eine neue Waffenruhe, die am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Die Waffenruhe wurde auf ein weiteres 10-Tage-Vertrag verlängert, doch die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon konnten nur wenige Stunden lang durch einen Tag nach der Einstellung der Arabischen Liga, eine Land- und Seefahrtssperre in das Libanon-Gebiet, und der Vereinbarung zwischen Syrien und dem Palästina über eine neue Waffenruhe, die am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Die Waffenruhe wurde auf ein weiteres 10-Tage-Vertrag verlängert, doch die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon konnten nur wenige Stunden lang durch einen Tag nach der Einstellung der Arabischen Liga, eine Land- und Seefahrtssperre in das Libanon-Gebiet, und der Vereinbarung zwischen Syrien und dem Palästina über eine neue Waffenruhe, die am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Die Waffenruhe wurde auf ein weiteres 10-Tage-Vertrag verlängert, doch die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon konnten nur wenige Stunden lang durch einen Tag nach der Einstellung der Arabischen Liga, eine Land- und Seefahrtssperre in das Libanon-Gebiet, und der Vereinbarung zwischen Syrien und dem Palästina über eine neue Waffenruhe, die am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Die Waffenruhe wurde auf ein weiteres 10-Tage-Vertrag verlängert, doch die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon konnten nur wenige Stunden lang durch einen Tag nach der Einstellung der Arabischen Liga, eine Land- und Seefahrtssperre in das Libanon-Gebiet, und der Vereinbarung zwischen Syrien und dem Palästina über eine neue Waffenruhe, die am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Die Waffenruhe wurde auf ein weiteres 10-Tage-Vertrag verlängert, doch die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon konnten nur wenige Stunden lang durch einen Tag nach der Einstellung der Arabischen Liga, eine Land- und Seefahrtssperre in das Libanon-Gebiet, und der Vereinbarung zwischen Syrien und dem Palästina über eine neue Waffenruhe, die am Freitag die Kämpfe in Beirut wieder in vollem Gange.

Nationalrat genehmigt SBB-Rechnung mit Rekorddefizit

Defizit für Bundesbahn-Nebenlinien nicht aufgeben

Bern, 11. Juni. Der Nationalrat hat am Freitag die stark defizitäre SBB-Rechnung 1970 mit 1160 Millionen Franken genehmigt. Mehrere Bundesräte haben mit einer kleinen Mehrheit die SBB-Rechnung nicht aufgeben, sondern die Gesamtschuldensumme vergrößert. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmassnahme wurde entschieden abgelehnt.

Kommunikationsminister Mager (FDP) verteidigte die SBB-Rechnung für das Jahr 1970. Er erklärte, dass die SBB-Rechnung für das Jahr 1970 mit 1160 Millionen Franken genehmigt wurde. Mehrere Bundesräte haben mit einer kleinen Mehrheit die SBB-Rechnung nicht aufgeben, sondern die Gesamtschuldensumme vergrößert. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmassnahme wurde entschieden abgelehnt.

Kommunikationsminister Mager (FDP) verteidigte die SBB-Rechnung für das Jahr 1970. Er erklärte, dass die SBB-Rechnung für das Jahr 1970 mit 1160 Millionen Franken genehmigt wurde. Mehrere Bundesräte haben mit einer kleinen Mehrheit die SBB-Rechnung nicht aufgeben, sondern die Gesamtschuldensumme vergrößert. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmassnahme wurde entschieden abgelehnt.

Kommunikationsminister Mager (FDP) verteidigte die SBB-Rechnung für das Jahr 1970. Er erklärte, dass die SBB-Rechnung für das Jahr 1970 mit 1160 Millionen Franken genehmigt wurde. Mehrere Bundesräte haben mit einer kleinen Mehrheit die SBB-Rechnung nicht aufgeben, sondern die Gesamtschuldensumme vergrößert. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmassnahme wurde entschieden abgelehnt.

Kommunikationsminister Mager (FDP) verteidigte die SBB-Rechnung für das Jahr 1970. Er erklärte, dass die SBB-Rechnung für das Jahr 1970 mit 1160 Millionen Franken genehmigt wurde. Mehrere Bundesräte haben mit einer kleinen Mehrheit die SBB-Rechnung nicht aufgeben, sondern die Gesamtschuldensumme vergrößert. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmassnahme wurde entschieden abgelehnt.

Kommunikationsminister Mager (FDP) verteidigte die SBB-Rechnung für das Jahr 1970. Er erklärte, dass die SBB-Rechnung für das Jahr 1970 mit 1160 Millionen Franken genehmigt wurde. Mehrere Bundesräte haben mit einer kleinen Mehrheit die SBB-Rechnung nicht aufgeben, sondern die Gesamtschuldensumme vergrößert. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmassnahme wurde entschieden abgelehnt.

Kommunikationsminister Mager (FDP) verteidigte die SBB-Rechnung für das Jahr 1970. Er erklärte, dass die SBB-Rechnung für das Jahr 1970 mit 1160 Millionen Franken genehmigt wurde. Mehrere Bundesräte haben mit einer kleinen Mehrheit die SBB-Rechnung nicht aufgeben, sondern die Gesamtschuldensumme vergrößert. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmassnahme wurde entschieden abgelehnt.

Kommunikationsminister Mager (FDP) verteidigte die SBB-Rechnung für das Jahr 1970. Er erklärte, dass die SBB-Rechnung für das Jahr 1970 mit 1160 Millionen Franken genehmigt wurde. Mehrere Bundesräte haben mit einer kleinen Mehrheit die SBB-Rechnung nicht aufgeben, sondern die Gesamtschuldensumme vergrößert. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmassnahme wurde entschieden abgelehnt.

Kommunikationsminister Mager (FDP) verteidigte die SBB-Rechnung für das Jahr 1970. Er erklärte, dass die SBB-Rechnung für das Jahr 1970 mit 1160 Millionen Franken genehmigt wurde. Mehrere Bundesräte haben mit einer kleinen Mehrheit die SBB-Rechnung nicht aufgeben, sondern die Gesamtschuldensumme vergrößert. Die Aufgabe von Nebenlinien als Sparmassnahme wurde entschieden abgelehnt.

Bauma: Drei Tote bei Selbstmord

Bern, 11. Juni. Im schweizerischen Bundesrat, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Talsiderstrasse in Bauma im Kanton Thurgau befand, ereignete sich ein Selbstmord. Drei Personen starben, eine vierte wurde verletzt.

Im schweizerischen Bundesrat, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Talsiderstrasse in Bauma im Kanton Thurgau befand, ereignete sich ein Selbstmord. Drei Personen starben, eine vierte wurde verletzt.

Im schweizerischen Bundesrat, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Talsiderstrasse in Bauma im Kanton Thurgau befand, ereignete sich ein Selbstmord. Drei Personen starben, eine vierte wurde verletzt.

Im schweizerischen Bundesrat, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Talsiderstrasse in Bauma im Kanton Thurgau befand, ereignete sich ein Selbstmord. Drei Personen starben, eine vierte wurde verletzt.

Im schweizerischen Bundesrat, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Talsiderstrasse in Bauma im Kanton Thurgau befand, ereignete sich ein Selbstmord. Drei Personen starben, eine vierte wurde verletzt.

Im schweizerischen Bundesrat, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Talsiderstrasse in Bauma im Kanton Thurgau befand, ereignete sich ein Selbstmord. Drei Personen starben, eine vierte wurde verletzt.

Im schweizerischen Bundesrat, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Talsiderstrasse in Bauma im Kanton Thurgau befand, ereignete sich ein Selbstmord. Drei Personen starben, eine vierte wurde verletzt.

Im schweizerischen Bundesrat, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Talsiderstrasse in Bauma im Kanton Thurgau befand, ereignete sich ein Selbstmord. Drei Personen starben, eine vierte wurde verletzt.

Im schweizerischen Bundesrat, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Talsiderstrasse in Bauma im Kanton Thurgau befand, ereignete sich ein Selbstmord. Drei Personen starben, eine vierte wurde verletzt.

Assad spielt hoch

Als am Freitag Kalmar fahrendes Blatt die Syrien als neuerliche Furchenblätter und muss verstehen, dass syrisches Militär in Richtung Beirut rückt, war es offensichtlich, dass die Furchenblätter der Arabischen Liga nur ein Scheitern der Verhandlungen waren.

Als am Freitag Kalmar fahrendes Blatt die Syrien als neuerliche Furchenblätter und muss verstehen, dass syrisches Militär in Richtung Beirut rückt, war es offensichtlich, dass die Furchenblätter der Arabischen Liga nur ein Scheitern der Verhandlungen waren.

Als am Freitag Kalmar fahrendes Blatt die Syrien als neuerliche Furchenblätter und muss verstehen, dass syrisches Militär in Richtung Beirut rückt, war es offensichtlich, dass die Furchenblätter der Arabischen Liga nur ein Scheitern der Verhandlungen waren.

Als am Freitag Kalmar fahrendes Blatt die Syrien als neuerliche Furchenblätter und muss verstehen, dass syrisches Militär in Richtung Beirut rückt, war es offensichtlich, dass die Furchenblätter der Arabischen Liga nur ein Scheitern der Verhandlungen waren.

Als am Freitag Kalmar fahrendes Blatt die Syrien als neuerliche Furchenblätter und muss verstehen, dass syrisches Militär in Richtung Beirut rückt, war es offensichtlich, dass die Furchenblätter der Arabischen Liga nur ein Scheitern der Verhandlungen waren.

Als am Freitag Kalmar fahrendes Blatt die Syrien als neuerliche Furchenblätter und muss verstehen, dass syrisches Militär in Richtung Beirut rückt, war es offensichtlich, dass die Furchenblätter der Arabischen Liga nur ein Scheitern der Verhandlungen waren.

Als am Freitag Kalmar fahrendes Blatt die Syrien als neuerliche Furchenblätter und muss verstehen, dass syrisches Militär in Richtung Beirut rückt, war es offensichtlich, dass die Furchenblätter der Arabischen Liga nur ein Scheitern der Verhandlungen waren.

Als am Freitag Kalmar fahrendes Blatt die Syrien als neuerliche Furchenblätter und muss verstehen, dass syrisches Militär in Richtung Beirut rückt, war es offensichtlich, dass die Furchenblätter der Arabischen Liga nur ein Scheitern der Verhandlungen waren.

Als am Freitag Kalmar fahrendes Blatt die Syrien als neuerliche Furchenblätter und muss verstehen, dass syrisches Militär in Richtung Beirut rückt, war es offensichtlich, dass die Furchenblätter der Arabischen Liga nur ein Scheitern der Verhandlungen waren.

Wir gewähren nach wie vor 30% Studentenrabatt.

Coupon

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

☐ Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

☐ monatlich Fr. 6.45

☐ vierteljährlich Fr. 18.55

☐ halbjährlich Fr. 36.75

☐ jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich